

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 7. Mai 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Reichstagswahl und Ausland.

Das französische Wahlergebnis.

Paris, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Gegensatz zu der nationalistischen Presse...

Die Partei des unveröhnlichen Widerstandes gegen die Milserien und der Revanche gegen Frankreich...

Politik der Spaltung und Uneinigkeit nur zu einer Schwächung des Proletariats

führt. Das Gewerkschaftsorgan „Peuple“ meint, die Kommunisten hätten im reichen Maße von der Erbitterung der Arbeiterschaft...

Protest der Arbeiterschaft gegen die Befehlung.

Herr Poincaré habe sich als ein glänzender Werber für die dritte Internationale erwiesen. Das Blatt meint, wenn die Wahl einige Wochen später stattgefunden hätte...

Die außenpolitischen Forderungen, die die nationalistische Presse Frankreichs aus dem Ergebnis der Reichstagswahl zieht...

Man werde der französischen Regierung nicht länger zumuten können, dem deutschen Volk irgendwelches Vertrauen entgegenzubringen...

Die Vorabstimmung in Hannover.

Hannover, 6. Mai. (II.) Die Deutschhannoveraner haben im ganzen Wahlkreisverbände Niedererschaffen...

artigen Demagogie mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Er weist darauf hin, daß die nationalistischen Parteien in Deutschland...

Poincaré der Schrittmacher Westarps.

Wien, 6. Mai. (WTA.) Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Es war eine Wahl des Nationalismus infolge der täglichen Demütigungen der deutschen Republik...

Englische Befürchtungen.

London, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die englische öffentliche Meinung beurteilt den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen lediglich vom Gesichtspunkt der Befriedung Europas...

„Morning Post“ nennt die Möglichkeit einer Verwerfung des Sachverständigenplanes eine Herausforderung nicht nur Europas, sondern auch Amerikas...

Italien bedauert den Wahlausfall.

Rom, 6. Mai. (CP.) Der Ausgang der Reichstagswahlen wird von den römischen Blättern als wenig aussichtsreich für eine rasche Regelung der Reparationsfrage angesehen...

ein neues Argument zugunsten der Ruhrbefehlung, während der veröhnliche Standpunkt Macdonalds im heißen Augenblick der belgisch-englisch-italienischen Beipredungen erschlütert werde...

Beg. — Nach Artikel 18 der Reichsverfassung ordnet die Reichsregierung die Abstimmung an, wenn ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebiets es verlangt.

Hannover, 6. Mai. (WTA.) In einer Versammlung von Vertretern der Provinz Hannover, zu der Oberpräsident Roske eingeladen hatte...

Was macht man damit?

Allgemeines Kopferbrechen.

Was wird mit dem neuen Reichstag? Wird er arbeitsfähig sein? Wie werden sich die Parteien in ihm gruppieren?

Im alten Reichstag gab es drei Völkische und 17 Kommunisten. Im neuen wird es 32 Völkische und 62 Kommunisten geben.

Der „Tag“ meldet den Anspruch der Deutschnationalen auf den Reichstagspräsidenten an. Zwar ist die deutschnationale Fraktion auf vier Mandate hinter der sozialdemokratischen zurückgeblieben...

Gleichviel, wer Reichstagspräsident wird, sicher ist soviel, daß von der Wahl der Persönlichkeit für die Arbeitsfähigkeit des Reichstags alles abhängt.

Wie werden sich die Parteien gruppieren? Im „Berliner Tageblatt“ rechnet Ernst Feder für die „Große Koalition“ eine Mehrheit von 252 Stimmen aus...

Auf die Deutschnationalen sind alle Blicke gerichtet. Was werden sie tun? Der „Deutsche“ des Herrn Siegerwald redet ihnen gut zu...

Im Mittelpunkt aller weiteren Koalitionsmöglichkeiten steht die Frage: Annahme oder Ablehnung des Sachverständigenplans. Die Parteien, die den Wahlkampf mit der Parole der Ablehnung geführt haben...

Nach derselben Richtung wirkt das Blatt von Stinnes' Erben, die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“.

Wohl die verantwortliche Mitarbeit der Deutschnationalen an entscheidender Stelle kann zu einer erträglichen Lösung der mit dem Sachverständigenplan zusammenhängenden Fragen führen.

Die deutschnationale „Arenz-Zeitung“ ist gegenüber diesem Werden recht zurückhaltend, läßt aber durchblicken, daß sie über diese Dinge mit sich reden lasse.

Aber abgesehen von dieser verkehrten Darstellung der Regierungspresse ist es außenpolitisch ein großer Fehler, bei unseren Gegnern die Meinung zu nähren, als wenn die Reichstagswahlen erkennen ließen, daß die Widerstandskraft gegen die geplante Verflüssung nun noch weiter nachgelassen hätte.

gang anders. Zurzeit sind die Belgier fortwährend unterwegs, um ein Kompromiß zu finden, das für Poincaré annehmbar wäre. Unsere außenpolitische Situation würde wesentlich besser sein, wenn alle zum mindesten den nationalen Standpunkt noch außer zur Schau tragen, daß wir ebenso wie unser Gegenüber Poincaré zwar das Sachverständigengutachten nicht a limine ablehnen, aber doch über einzelne unannehmbare Punkte verhandeln müssen. Wir wollen heute zunächst nicht die unerlässlichen Bedingungen festlegen, die unseres Erachtens von vornherein bei einer solchen Verhandlung vorweggenommen werden müßten. Wir möchten uns darauf beschränken, zu sagen, daß sie präzise und klar formuliert sein müssen. Das ist schon aus dem Grunde nötig, da sie ja für eine eventuelle Regierungsbildung, falls die Deutschnationalen als die stärkste Partei den Auftrag zu einer solchen erhalten, ebenfalls als Grundlage werden dienen müssen. Im übrigen möge dem angeblich demokratisch regierten Auslande anheimgegeben sein, daß bekanntlich die Parteien ihre Grundzüge und ihre Auffassungen, die sie ihren Wählern zuvor bekanntgegeben haben, nicht nach der Wahl verleugnen können. Nach unserer Ansicht muß dieser Grundsatz der Ehrlichkeit zwischen Wählern und Gewählten als selbstverständlich gelten.

Aus dem Diplomatischen ins Deutsche überetzt heißt das, daß die Deutschnationalen bereit sind, die Regierungsbildung zu übernehmen und mit den Alliierten über das Sachverständigengutachten zu verhandeln. Ob man damit durchkommen kann, muß abgewartet werden. Daß über die Ausführung der Vorschläge, nach ihrer grundsätzlichen Annahme als eines „unteilbaren Ganzen“, verhandelt werden muß, daß Schwierigkeiten, vielleicht Unmöglichkeiten, die sich später einmal bei der Durchführung ergeben könnten, gleichfalls auf dem Wege der Verhandlungen beseitigt werden müssen, das ist auch für diejenigen, die für die glatte Annahme der Vorschläge eingetreten sind, selbstverständlich. Der Weg zu solchen Verhandlungen kann aber erst dadurch geöffnet werden, daß man die Vorschläge als ein unteilbares Ganzes annimmt.

Diese Annahme ist durch die gegenwärtige Regierung bereits erfolgt. Die Frage ist, ob ihre Nachfolgerin das Wort der gegenwärtigen Regierung anerkennen oder verleugnen wird. Es geht also nicht, sich zwischen Ja und Nein herumzudrücken oder zu philosophieren:

Schwarz und Weiß, das sind Extreme!
Grau, das ist das Angenehme,
Das so Schwarz wie Weiß enthält.

Daß die Vorschläge Herrn Poincaré sehr un bequem sind, weiß jedes Kind. Herr Poincaré ist aber Politiker genug, nicht zu sagen, er betrachte sie nur als eine „Verhandlungsgrundlage“, er will sich nicht nachsagen lassen, daß er eine Haltung eingenommen habe, die einer Ablehnung des „unteilbaren Ganzen“ gleichkomme. Also versucht er es mit den verwegentesten Auslegungsfällen. Inzwischen lauert er auf eine Gelegenheit, mit einem Schein von Recht sagen zu können, das Verhalten der Deutschen sei hinterhältig und zweideutig.

Es kann sich in der Tat nur noch um die Auslegung und Ausführung der Vorschläge handeln, nicht um ihre Abänderung. Parteien, die diesen Sachverhalt zu verschleiern suchen, fügen damit aus innerpolitischen Gründen Deutschland den schwersten Schaden zu.

Man kann sagen, diese Vorschläge seien das „zweite Versailles“, seien „die Verklammerung“, dann muß man sie ablehnen, komme, was da wolle. Man kann meinen, sie brächten für Deutschland immerhin eine Erleichterung und eine Hoffnung, dann muß man sie als das „unteilbare Ganze“, das sie sind, annehmen. Es geht aber nicht an, sich zwischen Annahme und Ablehnung hindurchzuschlingeln. Ein solches Verhalten würde weder durch Ruf imponieren noch durch Ehrlichkeit überzeugen, noch nach innen begünstigend wirken.

Soll man Verhandlungen über eine Aenderung der Vorschläge anstreben? Sie werden abgelehnt werden! Aber

selbst wenn sie angenommen würden, wie lange sollen sie und mit ihnen die unerträglichen Zustände im besetzten Gebiet dauern? Am 15. Juni laufen die verlängerten Ricomverträge ab. Keine französische Regierung wird auf Ricomverträge, Regie, Zollabstimmung usw. verzichten, solange nicht eine allgemeine, einverständliche Regelung der Reparationsfrage erfolgt ist. Bleibt diese Regelung aus, was wird mit der Stabilisierung der Währung, die bei den Wahlen von allen bürgerlichen Parteien versprochen worden ist?

Man sieht einsehen nicht im entferntesten, wie auf dem Weg eines Bürgerblut-Kompromisses eine „aktive“ Außenpolitik zustande kommen soll. Vielmehr ist zu befürchten, daß wir in eine Ära der außenpolitischen Unentschlossenheit, Passivität und Unfähigkeit hineingeraten werden, der gegenüber sich auch noch die Ära Cuno-Rosenberg als ein Lichtbild in der deutschen Geschichte ausnehmen wird.

Die Reichsregierung wartet ab.

In einer Besprechung des Reichskabinetts teilte der Reichsminister des Innern heute mit, daß die amtlichen Wahlergebnisse nicht vor dem 16. d. M. zu erwarten sind. Das Reichskabinett bleibt auf jeden Fall bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amt.

Brandenstein gestürzt! Wegen Erfüllungspolitik.

Schwerin, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunisten stellten am Dienstag im Landtag den Antrag, dem Gesamtministerium das Vertrauen zu entziehen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Im Anschluß daran beantragte die Völkische Freiheitspartei, dem Ministerpräsidenten Herrn v. Brandenstein das Vertrauen zu entziehen, da er keine klare Stellung zu dem Sachverständigenbericht eingenommen habe. Dieser Antrag wurde mit 36 gegen 27 Stimmen angenommen. Dafür stimmten Völkische, Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten. Das Ministerium erklärte darauf in seiner Gesamtheit seinen Rücktritt. Auf die Tagesordnung der morgigen Nachmittags-Sitzung ist als erster Punkt die Neuwahl des Ministeriums gesetzt.

Der Sturz des mit völkischer Hilfe zum Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin gewählten Rittergutsbesitzers von Brandenstein erfolgt hauptsächlich durch die völkischen Klassen- und Rassenoffenheiten dieser vornehmlichen Erzellenz. Er ist zugleich ein Vorzeichen der Dinge, die sich im Reich und in Thüringen ereignen können. Wo die Deutschnationalen auch die Regierung übernehmen werden, stehen sie vor der Revolvermündung derer, denen es nicht auf irgendwelche ernste Arbeit im Parlament ankommt, sondern auf Värm, Trillerpfeifenkonzert und dergleichen.

Brandenstein hat als Ministerpräsident sich für die Annahme des Sachverständigenberichts ausgesprochen, also für Erfüllungspolitik. Das mag ihm teuer angekommen sein, aber er mußte angesichts der erdrückenden Tatsachen. Wegen dieser Zustimmung hat ihn die völkische Gruppe gestürzt, die ihn wenige Wochen vor dem gewählt hatte. Was Brandenstein in Mecklenburg, das hat Leutheuser in Thüringen verbrochen. Auch er hat dem Sachverständigenbericht zugestimmt, auch er ist für Erfüllungspolitik. Aber auch in Thüringen haben die Völkischen die Hand an der Gurgel des Parlamentes, um mit Dinter zu reden. Sie werden also auch dort mit dem Erfüllungsminister abrechnen, wie sie das in Mecklenburg getan haben.

Und man muß anerkennen, daß sie in ihrem Unverständnis wenigstens konsequent sind. Die Deutschnationalen aber haben ihre Wahlagitatorik mit hefferich-Argumenten gegen das zweite Versailles betrieben. Was werden sie im Reichstag tun, wenn sie endlich an die Regierung kommen, nach der sie so lange sich gefehnt haben?

Bayerns künftiger Kurs.

München, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Pfalz wird das Ergebnis der Landtagswahl amtlich erst am 10. Mai festgestellt, so daß zur offiziellen Feststellung des Gesamtergebnisses der Landtagswahl für ganz Bayern der Landeswahlausschuß erst Ende der nächsten Woche zusammentreten kann. Die Einberufung des Landtages erfolgt voraussichtlich für die erste Woche des Juni. Bis dahin wird dann auch die Frage der Regierungsbildung endgültig gelöst sein. Kein zahlenmäßig ist die bisherige Koalition zwischen Bayerischer Volkspartei, Deutschnationalen und Bauernbund möglich, deren glatte Mehrheit wohl in den meisten Fragen mit der Unterstützung oder mindestens mit der wohlwollenden Neutralität der 3 Demokraten und der 3 Zentrumsteile rechnen darf. Ob unter diesen Umständen die Bayerische Volkspartei tatsächlich den Versuch machen wird, auf sich allein gestellt die Regierung zu übernehmen, ist sehr zweifelhaft, um so mehr als jetzt, nach allem, was man hört, mit Sicherheit angenommen werden muß, daß die Bayerische Volkspartei wiederum Knilling zum Ministerpräsidenten macht. Da Knilling außer der Freundschaft der Deutschnationalen auch die offen erklärte Sympathie der Völkischen besitzt, dürfte in Bayern also der alte sogenannte antimarginalistische Kurs weitergesteuert werden. Die Katastrophe vom 8. November 1923 war den weißblauen Reaktionsären offenbar nicht lehrreich genug. Da nach wiederholten Erklärungen die Völkischen ihre Haupttätigkeit auch künftighin auf außenparlamentarische Aktionen richten, wird man unter der neuen Ära Knilling auch mit einer Neuaufgabe der Bürgerbräu-Ereignisse zu rechnen haben. Was dann kommen wird, darüber hat sich am Abend der Wahl einer der Führer der Münchener Völkischen, Rechtsanwalt Buchner, ausgesprochen. Er verkündete dabei pathetisch, daß im künftigen völkischen Staat kein Raum auf einem Ministerposten werde, der nicht mit schwarzweißroter Kokarde an der Front gekämpft habe. Nach diesem Grundsatze wird allerdings für den Führer der Völkischen, den ehemaligen Justizminister Roth, der immer von neuem seinen unbändigen Ehrgeiz nach einem Ministerposten kundgibt, der Hergenswunsch niemals in Erfüllung gehen. Denn er sowohl wie der hochherrliche und jetzige Reichstagsabgeordnete Dr. Fried haben es als Hauptmann bzw. Kommandant der Reserve vorgezogen, von 1914 bis 1918 im Münchener Generalkommando zu bleiben.

Die Verhaftung des Günther Brandt.

B. S. Leipzig, 6. Mai. Die Verhaftung des Studenten Brandt zieht immer weitere Kreise, da sich jetzt erst herausstellt, daß Brandt in der Organisation Consul eine führende Rolle gespielt hat und in Mitteldeutschland einer der hervorragendsten Leiter der Ehrhardt-Organisation gewesen ist. Aus den bei ihm gefundenen Akten geht hervor, daß er für Mitteldeutschland fast das gesamte Adressenmaterial der O. C. besaß, daß Neuanmeldungen, Aktionsvorschlüsse usw. durch seine Hand gegangen sind. Unvorsichtigerweise hat Brandt dieses gesamte Material nicht, wie es eigentlich Anweisung des Führers war, alsbald vernichtet, sondern einem Studienfreunde zur Aufbewahrung gegeben, bei dem die Akten dann beschlagnahmt wurden. Brandt arbeitete Hand in Hand mit einem gewissen Dr. Bogt in Berlin, der jedoch diesen Namen auch nur als Pseudonym gewählt hatte. Brandts „Kriegsname“ war „Brett“. Der wegen der Ermordung des Reichsministers Rathenau verurteilte Student Lechow hatte von Kern den Auftrag erhalten, sich an Brett in Dresden zu wenden, doch konnte Lechow Brandt zufällig von früher und so war es in der Unternehmung möglich, den wirklichen Namen des geflüchteten Vertrauensmannes der O. C. zu ermitteln. In dem kommenden großen Prozeß gegen die O. C. in Leipzig wird Brandt, der sich natürlich wegen der anderen ihm zur Last gelegten Vergehen besonders zu verantworten haben wird, eine nicht unwichtige Rolle spielen, da er zweifellos als einer der Unterführer der über ganz Deutschland verzweigten Organisation Ehrhardt zu betrachten ist. Das gesamte Aktenmaterial, das von den verschiedensten Polizeibehörden über Brandt-Brett zusammengetragen worden ist, ist an den Oberreichsanwalt Ebermeyer abgeliefert, der nunmehr die Fortführung des seinerzeit infolge der Flucht Brandts zurückgestellten Verfahrens angeordnet hat.

100 Jahre IX. Sinfonie.

Von Dr. Kurt Singer.

Das ist nun wahrlich ein Ereignis. Das Werk, das hunderte immer wieder von der irdischen Gemeinheit emporreißt zur himmelshohen des Gefühls, des draufenden Freudensangs, des freudigen Sublims, diese IX. Sinfonie Beethovens steht als Markstein höchster menschlicher und künstlerischer Kultur seit 100 Jahren fest im Repertoire aller Weltorchester. Und was mehr bedeutet, es erschüttert, so oft seine Festesweise durch den Raum klingt. Der ganze Beethoven, von der Eroica bis zur VIII. Sinfonie, ist ein Vorläufer zu diesem großen Wurf der IX., in der sich Leben, Schaffen, Kunst und Ethos des Meisters wie in einem großen Reflektor spiegeln. Das Weiden und die Freidlosigkeit, die Unrast des Daseins und das Richterfühlhöchster Sehnsucht suchen, über die Schlüsseln der missa solemnis hinaus, einen weisen, philosophischen, künstlerisch gehärteten Ausgleich. Schmerz, Schreden und Enttäuschung, all das liegt nun als Erinnerung hinter dem kämpfenden Beethoven. Der Sieg über das Schicksal, über die Menschen, über sein eigenes Wesen wird offenbar in dem strahlenden Hymnus, der Schillerschen „Ode an die Freude“.

Nicht in einem einzigen großen Zug ist dieses Werk geschaffen. Und wer von der Einheitslichkeit der IX. Sinfonie, von der Notwendigkeit, Menschenstimmen zu den Instrumenten zu bemühen, spricht, der irrt, historisch wie im künstlerischen Geschma. Beethoven hat mit dem Stoff und seiner Bearbeitung wirklich geringen. Zum Scherzo finden sich Skizzen schon 1815, zum I. Satz 1818. Der Finalesatz dieser „sinfonie allemande“ sollte einmal eine groß angelegte Orchesterfuge, dann wieder ein hymnischer Gesang werden. Ein organischer Zusammenhang zwischen den Sätzen existiert nicht; und wenn wir sie heute, dank der genialen Vorbereitung des Schlußsatzes, innerlich auch empfinden, so ist dieses Chorfinale letzten Endes doch hinterher aus den Stimmungen der früheren Sätze herausgearbeitet, nicht entwickelt. Die groß gebaute Brücke fehlt. Vom ersten bis zum letzten Ton des Werkes hat Beethoven mehr als sechs Jahre gebraucht. Die Hauptjahre des Schaffens sind 1822 und 1823. Auch die Melodie, die uns allen zum Besitz geworden ist, jene fast nur in einem Quintabstand voneinander stehenden, zueinander stehenden Freudenläute, schuf nicht ein einziger inspiratorischer Augenblick. Nach langem Suchen und Wandern rief Beethoven endlich aus: „Ja, dieses ist es, es ist nun gefunden!“ Gefunden war eine in ihrer Schlichtheit ergreifende, kunstvolle und doch volkstümliche Melodie, die aus dem Rhythmus Schillerscher Worte herauszuwachsen scheint, die erst zögerlich klagt, dann immer mehr Farbe bekommt, immer mehr Instrumente vor ihren Slogesungen spannt, größer wird, freier, jubelnder, fester und die schließlich einer ganzen Welt Freude, Jubel, Glück, Anmuth kündigt. Diese Freude ist keine alltägliche, sondern eine sonntäglich-festliche, keine laute, sondern eine männlich-erhabene, keine äußere Branourleidenschaft, sondern nur eine von innen drängende,

jedes körperliche Bedenten wegjagende, große Freiheitsstimmung. Alles, was spekulativ und gedanklich in Schillers Strophen war, wurde ausgemerzt. Die einfache, kistern-stänische Freude galt dem weisen Künstler nichts mehr. Also fort mit der Freude, die in Pokalen sprudelt! Das Ersterben in Ehrfurcht galt ihm, dem strengen Republikaner, dem großen Arbeitsmann, erst recht nichts. Also fort mit Tyrannen, fort mit dem schwächlichen „Männerstolz vor Königsthronen“. Wie charakteristisch ist das für den Menschen, der Frieden mit Gott, Welt und Teufeln schließen will. In immer größeren Ausdruckssteigerungen, gefangene Hemmungen nicht achtend, von der ungelassenen Berührung des sanften Flügelgeschlages bis zur stürmischen Annäherung an das Sternengestirn des lieben göttlichen Vaters — welche eine Skala der dogmatischen, rhythmischen, melodischen, in Quartell, Chor, Orchester und Soli wunderbar gestuften Empfindungen! Wollen Instrumente und Stimmen wirklich zusammengehen? Sie wollen nicht, sie müssen. Beethoven schafft kein Muster neuer Sinfonie, keinen Nachklang der Choralphantasie; ja, er erklärt Czerny gegenüber den Schlußsatz für einen Mißgriff. Er ist es, was die Form betrifft. Aber dieses Einmalige wird einfach und allein leben, als individuelle Sprache, als Resultat eines übergewaltigen Ringens und Lebens, eines Schaffens, das im endlosen Sturm der über die Welt hinwegenden Freude zuletzt seinen Einklang mit dem Kosmos gewaltig findet. Letztes Bekenntnis eines von höchsten sozialen Impulsen angefeuerten Freiheitsmannes: „alle Menschen werden Brüder!“

Nach Gehalt, Formschönheit, lehrer instrumentaler Befassung sind die ersten drei Sätze der IX. Sinfonie ihre Krone. Nach Begeisterung, Freiheitsregung, Gefühlsübertragung, Ethos und menschlichem Fanfarenklang der Hymnus. Der 7. Mai 1824 erlebte die Uraufführung im Wiener Kärntnertheater. Das übervolle Haus dankte enthusiastisch dem tauben Meister, der nur mit den Augen den Beifall erleben konnte. Die Kaiserloge war leer. 100 Jahre lang das Lied der Menschenverbrüderung durch die sogenannte kultivierte Welt. In 100 Jahren ist sie weiter rückwärts geschritten. Wir haben keinen Grund, uns der Freude des Daseins hinzugeben. Die Fackel der IX. Beethovenischen Sinfonie aber wird uns leuchten, wo immer und wann immer eine Feier zu Ehren der Freiheit Menschen versammelt, sie wird angezündet bleiben, bis ein größerer, besserer Teil der Welt aus der Fronarbeit, Elend und Not befreit ist und bis wir alle wegen dürfen, im Bewußtsein, unsere soziale Pflicht erfüllt zu haben, der Freude zuzurufen: „Wir betreten feuertrunken, Himmelsise, dein Heiligtum!“

Vorträge. Im Deutschen Monatsband findet am Donnerstag 7,3 Uhr im Veltelssaal, Köthener Str. 33, ein Vortrag von Julius Bah über „Voltaire und Goethes“ statt. — Mittwoch 6 Uhr hält in der Urania der Münchener Biologe Dr. Kömmerer einen Vortrag über die Wunder der unsichtbaren Welt mit Mikroskopieprojektion lebender Organismen.

Die Galerie Ferdinand Wacker, Potsdamer Str. 134 a, eröffnete eine Ausstellung von Arbeiten des Bildhauers Gerhard Wacker.

Wahlerlebnisse.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Ein Wahlleiter liefert den amtlichen Bleistift vollständig unverfehrt ab, während die übrigen Bleistifte in Gestalt mehr oder weniger kleiner „Stummel“ zurückgegeben werden. Gefragt, wie das zu sehen, antwortet er: „Ich bin Strohenbahnstahlfabrikant. Da mir der schöne Bleistift leid tat, habe ich dafür meine Knippsäge in die Wahlzelle gehängt!“

„Ach, gestern war Wahl? Ich dachte, sie wäre erst nächsten Sonntag!“

Um den deutschnationalen Wahlleiter zu ärgern, hatten verschiedene Genossen in den Kreis, der die sozialdemokratische Liste bezog, Hasenkreuze gemalt.

„Beschreibe ein Wahlplakat!“ hieß der neue Auftrag. Verschiedene Kinder unterzogen sich der Aufgabe mit gutem Geschick. Manche aber schrieben merkwürdiges Zeug. Den Vogel schloß ein Junge ab, der das Plakat von einem Kobereit „Blaue Maus“ beschrieben hatte!

A.: Was, du hast dich von den Deutschvölkischen im Auto zum Wahllokal holen lassen?

B.: Was ist denn weiter dabei? Mit meinem lahten Bein...

C.: Hättest du was gesagt, da hätte ich dir geholfen!

A.: Wer weiß, wann ich wieder einmal im Auto fahren darf!

B.: Und wegen einer lumpigen Autofahrt verkaufst du deine Stimme?

C.: Berräst du deine Klasse?!

A.: Was, ich soll Berrat verübt haben?

B.: Wenn du deutschvölkisch wählst so ist das nichts anderes...

A.: Wer redet denn vom Wählen? Als die Bande mich humpeln sah, hat sie mich ins Wahllokal gefahren. Gewählt aber habe ich selbstverständlich S P D.!

Am Sonnabend vor der Wahl stießen die Deutschnationalen ein Plakat an. Im Hintergrund liegt eine Stadt in Trümmern. Davor grinst ein Totenschädel, der eine rote Wäbe trägt. Darunter steht: Denkt daran!

In der Nacht aber hüllte das Plakat eine kleine Veränderung erfahren. Ueber das Mittelstück der Wäbe, das heißt zwischen dem schwarzen Schirm und den roten Ballon, war ein weißer Streifen mit einer schwarzweißroten Kokarde gezeichnet worden!

Der Hausbesitzer A. ist sich nicht recht klar, ob die Liste der Mittelstandsoereinigung, die ihm durch eine Zuschrift empfohlen worden war, die richtige sei, oder ob er doch lieber deutschnational wählen sollte, wie ein Aufruf „An die Hausbesitzer!“ ihm zurief. Ein Bigbold rief ihm, die Liste vom Häuser-Bund zu wählen. „Häuserbund“ leuchtete ihm ein. Er gab seiner Familie entsprechende Anweisung, was zur Folge hatte, daß in seinem Bezirk die Impfgener drei Stimmen erhielten!

Zeitungsvorleger: Eben habe ich eine Beschwerde von den De-

Das Ergebnis der Gemeindevahlen.

Soweit sich die Resultate der preußischen Gemeindevahlen übersehen lassen, sind sie nicht wesentlich anders ausgefallen, als die Wahlen zum Reichstag. Sie haben nur insofern eine andere Bedeutung, als örtlich der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen überall da eine viel größere Rolle spielen wird, wo die Sozialdemokratie ihre bisherige absolute Mehrheit in den Gemeindeverwaltungen verloren hat. Der Stimmenzuwachs der Kommunisten reicht nirgends aus, um den Verlust an Arbeiterstimmen wettzumachen. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen wird in der Regel vielmehr ein Schlag für die Gemeinde als eine Niederlage der Sozialdemokratie sein. Die neuen Mehrheiten, die in diesen Orten jetzt einziehen, entbehren vollständig der Geschlossenheit, ohne die die Geschäfte der Gemeinde nicht geführt werden können, und was für die Gemeinden bedeutend wichtiger ist, sie haben der Gemeindeverwaltung gegenüber in keinem Falle die positive Einstellung, mit der die Sozialdemokratie unter großen Opfern in den letzten Jahren die Gemeindevirtschaft hat aufrechterhalten helfen.

Besonders charakteristisch ist, soweit bisher Resultate vorliegen, das starke Anwachsen von Zersplitterungslisten wirtschaftlicher Interessentengruppen. Die Mittelständler, als Wirtschaftspartei organisiert, aber auch Mieterverbände, Rentner, Hausbesitzer, Kleingärtner usw. wechseln sich in einzelnen Gemeinden in bunter Reihenfolge ab. Das Bürgertum, das zu einem großen Teil mit diesen Listen sich schon im Wahlkampf zersplittert hat, wird seiner Mehrheit nicht froh werden, denn mit diesen Gruppen ist eine für die Gemeindevirtschaft erträgliche Mehrheitsbildung nicht möglich. Es wird also in den preußischen Gemeinden genau so, wie man es in Sachsen und in anderen Gegenden Deutschlands hat beobachten können, sehr bald zu einem Zerfall der bürgerlichen Mehrheiten kommen.

Die Sozialdemokratie wird also aus der Gemeindevirtschaft nicht ausgeschaltet werden. Im Gegenteil, sie wird vielleicht unter politisch günstigeren Bedingungen jetzt zeigen können, daß sie die Partei der aufbauenden Gemeindevirtschaft ist. Gerade die sächsischen Erfahrungen zeigen, in welcher starkem Maße die Leistungen der Gemeindepolitik auch für die allgemeine Entwicklung von Bedeutung sein können. Dort haben die Wähler seit einigen Monaten erproben können, zu welchen Leistungen ihre neu gewählten bürgerlichen und kommunistischen Vertreter, die neu eingesetzten bürgerlichen Mehrheiten wirklich fähig sind. Der starke Stimmenrückgang der Kommunisten in Dresden, Leipzig und zahllosen anderen Orten Sachsens ist zweifellos durch die Erfahrungen in der Gemeindepolitik in den letzten Monaten mit beeinflusst. Gerade bei dem Kampf um die neu zu beschließenden Gemeindeverfassungen hatte es sich dort überall gezeigt, daß die extrem linke Einstellung der Kommunisten nur der Arbeiterschaft schadet und daß auf der anderen Seite auch das Bürgertum von sich aus nicht imstande ist, die Sozialdemokratie auszuschalten. Eine Einzelunterstützung der Gemeindevahlergebnisse würde den allgemeinen Eindruck zweifellos bestätigen. So ist es charakteristisch, daß z. B. in Altona bei den Gemeindevahlen die Sozialdemokratie 3000 Stimmen mehr, die Kommunisten 3000 Stimmen weniger erhielten als bei den Reichstagswahlen.

So wenig klug es sein würde, die Bedeutung des Stimmenrückganges der Sozialdemokratie in der Gemeinde zu unterschätzen, so wenig liegt auch Veranlassung vor, daraus irgendwelche pessimistischen Schlüsse zu ziehen. Jetzt erst recht werden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter an die Arbeit gehen und zeigen können, daß sie die Partei aufbauender Leistung vertreten. Das Bürgertum hat mehr oder minder überall den Abbau, die „Sparbarkeit“ als Parole ausgegeben. Die Sozialdemokratie wird demgegenüber mit Recht und mit

demokraten bekommen. Sie hätten die Aufnahme der demokratischen Wahlausfrage verweigert! Ist das wahr?
 Annoncenleger: Das stimmt! Wir sind doch eine deutsche nationale Zeitung und da dachte ich...
 Zeitungsverleger: Ach was! Sie sind ein ganz großes Kind! Wie können Sie sich denn so einen Auftrag entgehen lassen? Wären Sie ganz schau gewesen, dann hätten Sie von der Bande 50 Prozent Zuschlag verlangt!

Die Umbaut. Der sozialistische Volksbildungsminister eines deutschen Freistaates war Anfang des Jahres 1924 durch einen Rechtsanwalt aus der Volkspartei abgelöst worden. Seine erste Amtshandlung war die Wiederherstellung des Schulrechts; d. h. er hob die Toleranzverordnung seines Vorgängers auf, durch die die Vornahme kirchlicher Exerzitien im allgemein verbindlichen Unterricht verboten war. Als am folgenden Tage Dr. Christian Morgenrot (Dienstbezeichnung Studienrat, Gruppe 10.3), der es verstanden hatte, trotz seiner Zugehörigkeit zu den Rechten sich die Sympathie der anständigen Schüler zu bewahren, die Obertertia betrat, riefen ein paar christliche Hülfskinder: „Wehen“. Christian Morgenrot ließ sich ein neues Testament reichen, forderte die Klasse auf, sich von den Blättern zu erheben, und sprach: Vernehmet in Umbaut, was Jesus von Nazareth, der große Prophet und Vorkämpfer für den Weltfrieden, der Anwalt der Armen und Unterdrückten, der von den Priestern und Reichthümern ans Kreuz gebracht wurde, in der Bergpredigt sagt, wie es geschrieben steht Matth. 6 Vers 6: „Wenn Du bete, so gehe in Dein Kämmerlein und schlies die Tür zu und bete zu Deinem Vater im Verborgenen; und Dein Vater, der in das Verborgene sieht, wird Dir vergelten öffentlich. Amen.“

Dr. Morgenrot wurde nie wieder veranlaßt, die erste Unterrichtsstunde durch ein Gebet um 5 Minuten zu verkürzen.

Streik um die Sommeropette des Staatstheaters. Im Staatstheater beschließt die Sommerdirection Walter Steinert, die Operette „Rif Hopps“, Musik von Viktor Gorgilius. Text von Porges-Rilo, nach einem Lustspiel des englischen Autors Jerome, zur Aufführung zu bringen. Dagegen hat jetzt die Vertriebsstelle des Verbandes deutscher Bühnenführer und Bühnenkomponisten rechtliche Verwahrung eingelegt, da ihr das Aufführungsrecht der Operette zusteht. Das schiedsgerichtliche Urteil hat sich bereits für die Vertriebsstelle entschieden. Und der Grund zu diesem Streik? Herr Porges-Rilo hat „nur“ mit drei verschiedenen Komponisten und zwei Vertriebsfirmen Kontrakte über die Operette abgeschlossen.

Das Graphische Institut J. B. Neumann, Kurfürstendamm 232, eröffnete eine Ausstellung von Handzeichnungen, Graphik und Plakaten von Jussuf Abbas.

Wagner in London. Die deutsche Opernkönigin in der Covent Garden Oper wurde vor höchstem Haus mit der Aufführung von „Rheingold“ eröffnet, die starken Beifall erntete. Die Besetzung zum erstenmal seit zehn Jahren wieder in deutscher Sprache vorgelegenen Aufführung dieses Fest.

Japan und die Kant-Fahrt. Die zweimonatliche Wiederkehr des weltberühmten Ammensal-Kants ist auch in Japan feierlich begangen worden. Die Studenten der Universität in Tokio hielten eine Versammlung zu Ehren des Abfluges ab. Vorkessoren der Universität hielten Reden. Auch andere Universitäten Japans hielten Versammlungen ab.

Erfolg beweisen können, daß sie keine Interessentenpartei, sondern daß sie die Partei der Gemeinde schlechthin ist.

Gemeindevahlergebnisse.

Kassel, 6. Mai. (II.) Die endgültigen Ziffern der Stadtverordnetenwahlen ergaben, daß die Sozialdemokratie ihre absolute Mehrheit verloren hat. Es sind endgültig gewählt: 19 USPD, 13 Deutschnationale, 9 Volkspartei, 5 Demokraten, 4 Bäckische, 3 Kommunisten und 2 Zentrum. Die jetzige Stadtverordnetenversammlung setzt sich aus 55 Mitgliedern zusammen gegen bisher 72. In der alten Körperschaft waren vertreten: 37 USPD, 20 Demokraten, 9 Deutschnationale, 3 Zentrum, 2 Deutsche Volkspartei und 1 Wohnungsreformer, Kommunisten und Bäckisch-Sozialen waren nicht vertreten. In der neuen Versammlung fehlen die Wohnungsreformer.

Frankfurt a. M., 6. Mai. (II.) Nach den bis jetzt vorliegenden amtlichen Wahlziffern wird sich die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zusammensetzen: 21 USPD, 12 Deutschnationale, 7 Deutsche Volkspartei, 3 Deutschnationale, 3 Wirtschaftspartei, 8 Zentrum, 9 Demokraten, 1 Unabhängiger, 1 Arbeitermergruppe, 7 Kommunisten. Kleine Veränderungen sind nicht ausgeschlossen.

Höchst, 6. Mai. (II.) Nach dem endgültigen Wahlergebnis wird die Stadtverordnetenversammlung aus 9 USPD, 9 Mitgliedern der Bürgerpartei, 7 des Zentrums, 3 Demokraten und 6 Kommunisten bestehen. Die Gemeindevertretung hat also jetzt eine bürgerliche Mehrheit.

Stettin, 6. Mai. (II.) Bei den Stadtverordnetenwahlen haben den größten Gewinn die Kommunisten gehabt, die sieben neue Mandate gewonnen. Die Deutschnationalen haben sechs neue Sitze errungen. Die neue Verteilung der Sitze der wichtigsten Parteien ist folgende: 15 USPD, 11 Deutschnationale, 3 Arbeitermergruppe, 1 Deutschnationale Partei, 1 Deutschnationale, 3 Deutsche Volkspartei, 1 Demokrat, 1 Kommunist.

Maurenbrechers trockener Putsch.

In der „Deutschen Zeitung“ steht Max Maurenbrecher die Gefahr, daß ein Teil der Deutschnationalen zur Erfüllungspolitik neigen und daß es darüber zur Spaltung der Fraktion kommen könnte, als riesengroß an. Er empfiehlt die Gründung eines völkisch-nationalen Blocks, dem er die Bayerische Volkspartei, den Bayerischen Bauernbund, die honnoveraner und die Knüppel-Kunze zurechnet, wodurch er es auf eine Zahl von 174 bringt. Dieser Block müßte vom Reichspräsidenten „erzwingen“, daß er ihm die Reichskanzlerjurisdiction übergibt. Verlegt der Reichstag dem „erzwungenen“ Reichskanzler das Vertrauen, so wird er, nämlich der Reichstag, nach Hause geschickt, und es werden „unter ganz anderen Voraussetzungen“ — nach mussolinischem Beispiel — Neuwahlen gemacht. Will Ebert nicht, so muß durch Volksentscheid die Neuwahl des Reichspräsidenten „erzwingen“ werden. Und hilft das alles nicht, dann muß der völkisch-nationale Block durch Obstruktion jede parlamentarische Arbeit verhindern, wobei er — das fügen wir hinzu — auf die begeisterte Unterstützung der KZG und Schölem rechnen darf.

Für Pläne zur Eroberung der politischen Macht war Max Maurenbrecher schon in seinen sozialdemokratischen Tagen Spezialist. Er ist noch immer der himmelhoch jauchende und zu Tode betrübte Phantast, der er schon früher gewesen ist. Aber der Umstand, daß er heute Sprachrohr des alldutschen Putschismus geworden ist, gibt seinen Plänen über die Person hinausreichendes Interesse.

Unsere Partei im Reichstag.

Nach den amtlichen, immer noch als vorläufig bezeichneten Ergebnissen der Reichstagswahl sind von unseren Parteigenossen in den Reichstag gewählt:

- Wahlkreis 1 Osnabrück: Ministerpräsident Otto Braun, Vizepräsident Josef Lübberg.
- Wahlkreis 2 Berlin: Schriftsteller Artur Crispian, Stadtverordneter Hugo Helmann, Frau Clara Bohm-Schuch, Verbandsvorsitzender Siegfried Aufhäuser.
- Wahlkreis 3 Potsdam II: Stadtrat Friedrich Jubel, Schriftsteller Ed. Bernstein.
- Wahlkreis 4 Potsdam I: Schlachter Rudolf Wisfl, Schriftsteller Dr. Rudolf Breichfeld, Frau Marie Juchacz.
- Wahlkreis 5 Frankfurt a. O.: Parteivorsitzender Otto Wels, Gewerkschaftsbeamter Oswald Schumann.
- Wahlkreis 6 Pommern: Schriftleiter Gustav Schumann, Gemeindevorsteher Otto Paschke.
- Wahlkreis 7 Breslau: Reichstagspräsident Paul Lobe, Redakteur Franz Jedmann, Redakteur Karl Wendemuth, Oberpostschaffner Max Seppel.
- Wahlkreis 8 Ceglitz: Redakteur Paul Loubabel, Parteifreier Otto Budwitz.
- Wahlkreis 10 Magdeburg: Reichminister a. D. Gustav Bauer, Gewerkschaftssekretär Hermann Silberschmidt, Parteifreier Wilhelm Dittmann, Gewerkschaftssekretär Jeroland Bender.
- Wahlkreis 11 Merseburg: Schriftsteller Felix Kauerl, Geschäftsführer Richard Krüger.
- Wahlkreis 12 Thüringen: Kleinrentner Wilhelm Bos, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, Staatsminister l. B. August Fröhlich, Schriftstellerin Mathilde Wurm.
- Wahlkreis 13 Schleswig-Holstein: Frau Cäcilie Schöbber, Parteifreier Otto Eggersfeld, Gewerkschaftssekretär Max Richter.
- Wahlkreis 14 Weiler-Ems: Stadtrat Alfred Heule, Parteifreier Oskar Hünlich.
- Wahlkreis 15 Hannover: Genossenschaftssekretär Friedrich Peine, Gewerkschaftsangehörter Friedrich Nowak.
- Wahlkreis 16 Südhannover-Dr. Braunschweig: Verbandsvorsitzender August Brey, Parteifreier Paul Junker, Frau Elise Bartels, Arbeitersekretär August Karsten, Gewerkschaftsangehörter Joseph Hartleb.
- Wahlkreis 17 Westfalen-Nord: Minister Karl Severing, Stadtrat Karl Schred, Verbandssekretär Alfred Jansche.
- Wahlkreis 18 Westfalen-Süd: Regierungspräsident Max Abth. Minister a. D. Robert Schmidt, Gewerkschaftsbeamter Felix Hagemann.
- Wahlkreis 19 Hessen-Nassau: Oberbürgermeister Philipp Scheide-mann, Verbandsvorsitzender Robert Dismann, Schriftsteller Gustav Koch, Parteifreier Michael Schnabrich.
- Wahlkreis 20 Rhein-Nahe: Redakteur Wilhelm Sellmann.
- Wahlkreis 21 Rheingau-Rhein: Redakteur Emil Reichmann.
- Wahlkreis 22 Düsseldorf-Ost: Schriftleiter Heinrich Limberg, Frau Core Agnes.
- Wahlkreis 23 Düsseldorf-West: Ministerpräsident Otto Braun.
- Wahlkreis 24 Oberhessen-Schwaben: Hauptgeschäftsführer Erhard Auer, Redakteur Georg Simon.
- Wahlkreis 25 Franken: Reichminister a. D. Hermann Müller, Parteifreier Johann Vogel, Verbandsvorsitzender Josef Simon, Parteifreier Hans Seidel.
- Wahlkreis 27 West: Lehrer a. D. Johannes Hoffmann.
- Wahlkreis 28 Dresden-Bauha: Minister a. D. Hermann Treibner, Redakteurin Toni Sander, Amtshauptmann Richard Schmidt, Parteifreier Hermann Kämke, Amtshauptmann Johannes Schlemmer, Kurgin Dr. med. Marg. Stegmann.

- Wahlkreis 29 Leipzig: Redakteur Johann Seger, Staatsminister a. D. Richard Lipinski, Redakteur Anton Soupe.
- Wahlkreis 30 Chemnitz-Zwickau: Schriftsteller Heinrich Ströbel, Hauptgeschäftsführer Max Seydewitz, Amtshauptmann Bernhaid Kuhst, Rechtsanwalt Dr. Paul Coss.
- Wahlkreis 31 Württemberg: Redakteur Wilhelm Keil, Gefandier Karl Hildenbrand, Direktor Erich Rohmann.
- Wahlkreis 32 Baden: Redakteur Oskar Geß, Redakteur Georg Schöpslin.
- Wahlkreis 33 Hessen-Darmstadt: Staatspräsident Karl Ulrich, Reichsminister a. D. Dr. Eduard David, Redakteur Ludwig Quessel.
- Wahlkreis 34 Hamburg: Gemeindeführer Peter Graumann, Frau Johanne Reiche, Schriftsteller Franz Lauffel.
- Wahlkreis 35 Mecklenburg: Parteifreier Wilhelm Krüger, Schriftleiter Dr. Julius Leber.

Dazu kommen noch von der Reichsliste: Reichminister a. D. Dr. Rudolf Hilferding, Schriftleiter Dr. Paul Reich, Verbandsvorsitzender Georg Schmidt, Rechtsanwalt Armin Saenger, Postinspektor Willy Steinkopf, Chefredakteur Friedrich Stampfer, Schriftsteller Dr. Adolf Braun, Sekretär Konrad Ludwig.

Poincaré oben auf.

Paris, 6. Mai. (WZ.) Ministerpräsident Poincaré hat heute abend auf einem Bankett der französischen Handelskammern eine Rede gehalten, in der er sich zu Beginn über die Regelung der französischen Handelsbeziehungen zum Ausland äußerte. Nach dem Kriege, so erklärte er, habe Frankreich Anlauf gefunden, seine Handelsstatuten auf neuen Grundlagen zu reorganisieren. Bis 1914 seien seine Beziehungen zum Ausland durch Verträge geregelt gewesen, die die gegenseitige Wirtschaftsförderung und Handelsverkehr von durchschnittlich einem Jahr vorsehen hätten. Seit dem Waffenstillstand habe Frankreich jedoch erkannt, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ihm für eine gewisse Zeit nicht mehr gefallen, sich durch allzulange Konzessionen zu binden.

Es habe also seine Handelsbeziehungen gelindert und stillschweigende Verlängerungen von drei zu drei Monaten eingeführt. Doch in nächster Zukunft würde Frankreich nun z. B. mit Portugal, Belgien, Japan und sogar mit Deutschland Verhandlungen beginnen. Niemals habe der französischen Regierung die Unterstüßung der französischen Handelskammern wertvoller sein können, als bei dieser langen Reihe von internationalen Abmachungen, die für die Erholung Frankreichs von so großer Wichtigkeit seien.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Poincaré auf die politischen Verhältnisse zu sprechen. Seine Ausführungen waren natürlich auf

die deutschen Wahlen und auf die Wahlkampagne in Frankreich eingeleitet, und da polemisierte er gegen einen Artikel des Abgeordneten Blum. Wenn der Verfasser und seine Freunde „das Verlangen und die Ungerechtigkeit unter den Menschen vermindern wollten, bis auf einen Rest, gegen den niemand etwas vermöge“, so sagte er, „dann sei auch er Sozialist“. Indessen würde er sich nicht mehr sicher fühlen, wenn demnach der Einfluß einer internationalen Partei bei der Regelung der Reparationsfragen nachdrücklich geltend mache. Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich gern und durchaus spontan die Entschließungen der Sachverständigen, wie sie die Reparationskommission sich zu eigen gemacht habe, annehmen, und daß sie

die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherstellen würde, sobald Deutschland das von der Kapo aufgestellte Programm zur Ausführung gebracht habe.

Aber man wisse vorläufig weder wann noch wie oder ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde. Weder die in den letzten Wochen von Deutschland gemachten Versuche, ihn, Poincaré, über seine wahren Absichten zu täuschen und die Verantwortung für den weiteren Erfolg der Sachverständigen auf Frankreich abzumwälzen,

noch das Ergebnis der Reichstagswahlen

seien dazu angetan, Frankreich größeres Vertrauen einzufößen. Die französische Regierung sei also gezwungen, bei der Politik der Wachsamkeit und der Festigkeit zu verharren, und nach wie vor entschlossen, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Zahlungen zurückzuführen. Die, die der französischen Regierung ihr Verhalten in der Vergangenheit, bei dem sie die einmütige Zustimmung des Senats und der ungeheuren Mehrheit der Kammer gehabt habe, vorhalten, seien nicht berufen, in der Zukunft den Republikanern in der Außenpolitik ihr Verhalten zu diktiert. Ebensovienig wie die französische Regierung im Innern sich einem Diktat unterwerfen wolle, ebensovienig wie sie geneigt sei, von irgendjemandem die republikanische Einheit stören zu lassen, ebensovienig wolle sie, daß das Schicksal Frankreichs auf außenpolitischem Gebiet auf den internationalen Konferenzen einer politischen Partei entschieden werde. Die Deutschen, die auf diesen Konferenzen häufig anzutreffen seien, behaupten die Gerechtigkeit zu oft, die Verantwortung ihres Landes für den Ausbruch des Krieges abzuwälzen oder abzuschwächen, um die Revision der Friedensverträge zu verlangen und Frankreichs Sieg zu verkleinern. Die Franzosen verlangten nichts als ihr gutes Recht in Frieden, aber dieses Rechtes würden sie sich nicht berauben lassen.

Der Konflikt mit Rußland.

Einstellung aller Handelsbeziehungen.

Im Zusammenhang mit der Schließung der Sowjethandelsvertretung sind, wie der Ost-Express erfährt, von russischer Seite folgende Maßnahmen getroffen worden: 1. die Teilnahme an der Köliner Messe wird aufgegeben; 2. die Rauchwarenauktion in Leipzig findet nicht statt; 3. die Filialen der Handelsvertretung in Hamburg und Leipzig werden geschlossen; 4. die für Königsberg geplante Filiale wird nicht eröffnet; 5. seit Montag ist der Verkauf von russischem Getreide in Deutschland eingestellt; 6. Getreideexporte in deutsche Häfen finden nicht mehr statt; 7. die für Deutschland bestimmten Eierlieferungen aus der Ukraine sind über Danzig nach England geleitet worden, das gleiche wird mit zwei weiteren Sendungen geschehen; 8. der Bestandenstand der Handelsvertretung wird zum 15. Mai um 25 Prozent verringert, später soll die gleiche Einschränkung wiederholt werden; 9. der Eintritt in die Handelsvertretung für Vertreter deutscher Firmen findet nur noch von 11—12 Uhr vormittags statt, ebenso die telephonische Verständigung, die von einem besonderen Beamten kontrolliert wird; 10. allen Handelsvertretungen ist die Schließung der Berliner Vertretung angezeigt worden; 11. die Abteilungen der Trüste, Sanktate und des Zentrohojus sind ebenfalls geschlossen worden, der Vertreter des „Refnotrust“, der einen größeren Abschluß machen sollte, hat Berlin verlassen.

Die allen Handelsvertretungen des Sowjetbundes gemachte Mitteilung über die Schließung der Berliner Vertretung wird zur Folge haben, daß auch die anderen Handelsvertretungen den Verkauf von Waren nach Deutschland und den Einkauf deutscher Waren nicht mehr ausführen werden.

Stammesratow trifft heute aus London in Berlin ein. Wie verlautet, wird er sich gemeinsam mit dem Botschafter Kresinski am Mittwoch nach Moskau begeben. Kresinski hat an Sir E. Mann eine kurze Note geliefert, in welcher er alle seine früheren Erklärungen in vollem Umfange aufrecht erhält.

Der Arbeitszeitkampf im Ruhrbergbau

Rundgebung der Organisationen.

Bochum, 6. Mai, abends 10 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Die vier Bergarbeiterorganisationen veröffentlichten in später Abendstunde folgende Rundgebung:

Die Konferenzen der an dem Tarifvertrage für den Ruhrbergbau beteiligten Organisationen haben beschlossen, die bisherige tarifliche Schicht von 7 Stunden unter und 8 Stunden über Tage beizubehalten und zu verschieben. Ein Streik wurde von der Konferenz ausdrücklich abgelehnt. Sollten sich jedoch durch das Vorgehen der Unternehmer Kämpfe entwickeln, so sind diese streng nach den gewerkschaftlichen Grundsätzen zu führen. Jede diesen Grundsätzen widersprechende, nicht von den unterzeichneten Verbänden ausgehende Parole ist entschieden zurückzuweisen. Kameraden, wahrt gewerkschaftliche Disziplin!

**Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter.
Königliche Berufsvereinigung. Gewerkschaft Hirsch-Dunker.**

Revierkonferenz des deutschen Bergarbeiterverbandes.

Bochum, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Revierkonferenz des deutschen Bergarbeiterverbandes am Dienstag faßte folgenden Beschluß:

„Die Revierkonferenz stellt sich hinter den Beschluß der Konferenz vom 30. April und bringt nachdrücklich zum Ausdruck, daß sie alle Parteien politischer Parteien, insbesondere die in letzter Zeit herausgehobene Generalkonferenz der R.P.D., ablehnt, da sie nicht gewillt ist, die rein wirtschaftliche und gewerkschaftliche Tendenz dieses Beschlusses aufzugeben.“

Der Sinn dieses Beschlusses ist eine Wiederholung der Aufforderung an die Bergarbeiter, nach sieben- und achtstündiger Schichtzeit auszuhelfen. Der Bergarbeiterverband weist nachdrücklich darauf hin, daß er von politischen Generalkonferenzen nichts wissen will. Tatsächlich sind die Wirkungen dieses Beschlusses eine Stilllegung des Ruhrbergbaues, da die Unternehmer die von ihnen angeforderte Ausweitung der Arbeitszeit, die nach sieben- und achtstündiger Arbeitszeit die Grube verlassen, in allen Zechen des Ruhrgebietes konsequent durchführen. Auf einer Anzahl von Zechen ist mit dem Streik geantwortet worden. Vielfach werden auch die Kohlenstandsarbeiten verweigert, und zwar auf den Zechen Conslut I, II, III, IV, Dahlburg, Rhein-Elbe und Alma.

Eine von der Union der Hand- und Kopfarbeiter und von der kommunistischen Partei einberufene Konferenz der Betriebsräte des Ruhrbergbaues nahm eine Entschließung an, deren Hauptinhalt lautet: „Die Konferenz beschließt, ab Mittwoch, den 7. Mai, den Streik der

gesamten Bergarbeiter.“ — Ferner wurde ein Antrag angenommen, sämtliche Kohlenstandsarbeiten einzustellen.

Beginn der Aussperrungen.

Von den Aussperrungen im Bergrevier Ham m sind bisher die Belegschaften der Zechen de Wendel, Raddob, Sachsen und Westfalen betroffen. Da die Stadt Ham m von der Zeche Raddob das Gas bezieht, so kam infolge der Stilllegung dieser Zeche die Stadt Ham m ab Mittwoch früh kein Gas mehr liefern. Die Gasversorgung wird daher vorerst ganz eingestellt.

Da auch auf den meisten Zechen in Gelsenkirchen und Herne die Belegschaften nach 7 Stunden ausgefahren sind, sind auch hier Aussperrungen vorgenommen worden. — Auf den teilweise ausgesperrten Zechen haben die Arbeiter ihrerseits mit dem Streik geantwortet und zum Teil auch die Kohlenstandsarbeiten verweigert, so auf den Zechen Konslut I—IV, Alma, Rhein-Elbe und Dahlbusch.

Düsseldorf. Seit heute früh 6 Uhr liegen alle Zechen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet still. Die Zechenbesitzer haben die Belegschaften ausgesperrt, weil sie am siebenstündigen Arbeitstages festhalten. Heute mittag hat eine Abordnung der Bergarbeiter den Stellvertreter des Deputats aufgesucht. Die Lage ist sehr gespannt. Die radikalen Parteien und die Separatisten assistieren stark.

Stellungnahme der Besatzungsbehörden.

Aus Amster dam wird gemeldet: Wie der Ruhrgebietsvertreter von „Het Volk“ von zuverlässiger Seite erfahren haben will, werden die Besatzungsbehörden in jedem Falle bei einer eventuellen Stilllegung des Ruhrbergbaues infolge eines Generalkonflikts der Bergarbeiter oder einer Generalaussperrung der Unternehmer Maßnahmen für die schnelle Durchführung der Kohlenlieferungen treffen, evtl. durch Beschlagnahme von Kohlen- und Kohlenvorräten oder durch Übernahme weiterer Zechen die Ausführung der Kohlenpflichtlieferungen sicherstellen. Ebenso sei damit zu rechnen, daß die Besatzungsbehörde bei prinzipieller Ablehnung in den Konflikt zwischen den Unternehmern und Bergarbeitern eingreifen, Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten und Sabotageakte verhindern würde.

Aussperrung der sächsischen Bergarbeiter.

Dresden, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In sämtlichen Betrieben des sächsischen Bergbaues wurde am Montag durch Anschlag bekannt gemacht, daß sich alle Arbeiter bei weiterer Weigerung, die durch den Schiedsspruch bestimmten Schichten zu verfahren, als entlassen zu betrachten haben. Die Bergarbeiter fügten sich diesem Diktat nicht. Daraufhin ist am Dienstag in allen Betrieben — mit Ausnahme der staatlichen Steinkohlenerwerke in Kauferode — die Gesamtaussperrung erfolgt. Die Kohlenstandsarbeiten werden zunächst in der Hauptzeche von den Betriebsräten verrichtet.

Verbotene Eigenmächtigkeit gegen verbotene Schriften.

Die Direktion der Siemens-Schuckertwerke war der Meinung, daß in ihren Betriebsräumen in Charlottenburg eine Zentralfeste zur Verbreitung kommunistischer Schriften bestehe. Die Direktion ließ deshalb eine Revision der Werkzeugschränke der Arbeiter vornehmen. Der Vorsitzende des Arbeiterrats, ein Kommunist, war an dem betreffenden Tage nicht im Betriebe anwesend. Sein Schrank sowie sein persönlicher Tischkasten wurden geöffnet und in dem letzteren eine Menge kommunistischer Druckschriften gefunden, die damals unter der Herrschaft des militärischen Ausnahmezustandes verboten waren. Diese Druckschriften überwiegen die Direktion der Polizei. Der von dieser Maßnahme betroffene Arbeiter des Arbeiterrats verbotene erbatte nun seinerseits bei der Polizei Anzeige gegen die Direktion, weil sie seinen Kasten geöffnet und sich sein Eigentum angeeignet habe. Er soll diese Handlung der Direktion als „glatte Diebstahl“ bezeichnet haben und wurde deshalb wegen grober Beleidigung seines Arbeitgebers freilos entlassen.

Der Entlassene klagte beim Gewerbegericht mit dem Antrage, seine freilose Entlassung als unrechtmäßig zu erklären. — Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß und führte in der Urteilsbegründung aus: Der Besitz von verbotenen Schriften berechtigt nicht ohne weiteres zur freilosen Entlassung. Es sei nicht erwiesen, daß der Kläger die Schriften verkauft oder verbreitet habe oder daß er versucht habe, andere Arbeiter zu gleichartigen Handlungen zu verleiten. Die Direktion sei nicht berechtigt gewesen, die dem Kläger gehörenden Druckschriften an sich zu nehmen. Indem sie dies tat, habe sie sich der verbotenen Eigenmacht im Sinne des § 858 BGB. schuldig gemacht. Wenn der Kläger deswegen Anzeige bei der Polizei erstattete, so habe er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Mindestens sei nicht nachgewiesen, daß er den Zweck verfolgt habe, seinen Arbeitgeber zu beleidigen.

Lohnkonflikt in den Bau- und Geldschrankfabrikationen.

Die Arbeitgeber der Bau-, Geldschrank- und Möbelwerkstätten hatten, wie wir bereits berichteten, alle Lohnaufbesserungen für die in ihren Betrieben Beschäftigten abgelehnt. Die Branchenleitung rief daraufhin den Schlichtungsausschuß an, der in einem Spruch die Löhne um 4 bis 6 Pf. erhöhte. Da die Arbeitgeber es zum offenen Konflikt treiben wollen, lehnten sie auch diesen Spruch ab. Eine Branchenversammlung der Schlosser nahm gestern zu der Situation Stellung. Der Schiedsspruch wurde angenommen und die Branchenleitung beauftragt, seine Verbindlichkeitsklärung zu beantragen.

Die Werftarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab.

Die Hamburger Werftarbeiter lehnen den Schiedsspruch vom 1. Mai abgelehnt, so daß der Kampf weitergeht. Auch die Werftarbeiter von Bremerhaven und Flensburg haben beschlossen, den Spruch abzulehnen.

Bei der Urstimmung auf den Kieler Werften wurde der Hamburger Schiedsspruch mit 90 Proz. der abgegebenen Stimmen abgelehnt.

Achtung, Zimmerer und Bauarbeiter! Alle Zimmerarbeiten, welche gegenwärtig im Lunapark-Palast durch Zähler und außerdem von drei Zimmerern, die von Friedrichsthal bei Dronenburg kommen, ausgeführt werden, sind als Streikfortarbeiten anzusehen. Die Baustelle Lunapark ist gesperrt. Der Vorstand.

Die Aussperrung im Kieler Marinewerft ist beendet. Nachdem die Branchenleitung sich bereit erklärt hat, für ihre Belegschaft einen besonderen von den Sozialdemokraten unabhängigen Tarifvertrag mit den in Frage kommenden Organisationen abzuschließen, wurde die Arbeit am 5. Mai wieder aufgenommen.

In der nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie sieht die Arbeiterchaft schon seit einiger Zeit in Verhandlungen über Lohnerhöhungen. Am Donnerstag dieser Woche soll in dieser Frage der Reichskommissar einen Schiedsspruch fällen. In einzelnen Betrieben hat am Sonnabend ein Teil der Arbeiterchaft die Arbeit niedergelegt.

Deutscher Holzarbeiterverband. Vertrauensmännerversammlung morgen, Donnerstag, 6. Mai, in den Unterpöhlen, Antheimstr. 11. Gattler, Kapseler, und Fortscheller, Erhard, Bogen, Donnerstag, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Quartalgeneralversammlung. Bericht vom 1. Quartal 1924. Eintritt nur gegen Requisition.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Schriftföhrer: Felix Salzman; Gewerkschaftsbewegung: Heide, Göttern, Krollmann; Dr. John Schützmann, Heide; und Contingent: Felix Karst; Anzeigen: H. Giedt; Hameln in Berlin. Verleger: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Normatis-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin G.B. 68., Lindenstraße 3. Sieben 2 Briefagen.

Transportarbeiter der Metallindustrie.

In einer überfüllten Versammlung nahmen gestern abend die Transportarbeiter der Metallindustrie Stellung zum Ergebnis der bisher gepflogenen Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Rahmentarifs. Gewerkschaftsleiter Fromke führte dazu aus: Nachdem der Verband Berliner Metallindustrieller den Rahmenvertrag Ende vorigen Jahres gekündigt hatte, kamen erst Anfang April d. J. Verhandlungen zustande, bei denen selbstverständlich die Unternehmervertreter die Arbeitervertreter nach ihren Wünschen fragten. Es wurde den U.M.V.-Vertretern aber bedeutet, daß mit der Kündigung auch Veränderungsvorschläge verbunden sein müßten, sonst hätte die Kündigung keinen Sinn. Es kam schließlich dahin, daß die Arbeiterber Verschlechterungsanträge formulierten, die in der Hauptsache die Arbeitszeit und den Urlaub betrafen. Gleichzeitig machte Herr v. Borlig auch Vorschläge zu einer Änderung der tariflich festgelegten Schlichtungsinstanzen, die dahin gingen, daß der Schlichtungsausschuß ausgeschaltet werden sollte und an seine Stelle eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzte Instanz treten sollte. Das Metallkartell lehnte diese Vorschläge der Unternehmer ab. Als Ergebnis späterer Verhandlungen kam dann eine Formulierung der Arbeitszeitbestimmungen zustande, die im wesentlichen den Abmachungen nach der Januar-Aussperrung in der Metallindustrie entspricht und den Unternehmern das Recht gibt, nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes und nach Anhörung des Betriebsrats Ueberarbeitszeit anzuordnen. Ein Ueberstundenzuschlag sollte erst nach der ersten Stunde an gezahlt werden. Beim Urlaub sollte eine Verlängerung der Karenzzeit eintreten. Diese Vorschläge sind aber inzwischen von den Obleuten der Transportarbeiter abgelehnt worden und auch die Vertreter der anderen Berufe im Metallkartell konnten ihre Zustimmung dazu nicht geben. Als den Unternehmern dies mitgeteilt wurde, waren sie recht ungehalten, da sie, nach ihren Angaben, gekündigt hatten, bereits ein fertiges Abkommen vor sich zu haben. Dem energischen Vorgehen des Kartells gelang es dann schließlich, die Verlängerung des alten Rahmentarifs bis zum 1. Juni zu erreichen.

Bezüglich der Lohnerhöhungen konnte Fromke folgenden mitteilen: Gewerkschaftsrat Körner hatte in einem Schreiben die Parteien um eine Erklärung gebeten, ob sie geneigt seien, zwecks Abschluß eines neuen Lohnabkommens in Verhandlungen zu treten. Das Metallkartell vertrat die Auffassung, daß von gemeinsamen Verhandlungen so lange keine Rede sein könne, so lange die Unternehmer auf dem Standpunkt stehen, nicht nur keine Lohnerhöhungen gemähren zu können, sondern im Gegenteil einen Abbau vornehmen zu müssen. Bezeichnenderweise erfolgte nunmehr eine amtliche Vorladung vor den Schlichtungsausschuß, wobei Gewerkschaftsrat Körner als Grund für seine Bemühungen angab, daß bei der gegenwärtigen tariflosen Zeit nicht weniger als 80 Klagen beim Schlichtungsausschuß anhängig gemacht sind, deren Erledigung eine glatte Unmöglichkeit ist. Auch hier vertrat die Arbeitervertreter wieder ihren alten Standpunkt, so daß der Vorsitzende in Sonderverhandlungen mit den Parteien von den Unternehmern die

Zusage zur Verhandlungsbereitschaft erhielt, wobei sie allerdings die Bedingung stellten, daß der eventuelle Spruch des Schiedsgerichts nicht für verbindlich erklärt werden dürfe. Nachdem so die Arbeitgeber indirekt zugegeben hatten, daß ihnen das betriebsweise Vorgehen der Arbeiterchaft in der tariflosen Zeit einigermaßen unangenehm ist, stimmten auch die Vertreter des Metallkartells unter den gleichen Bedingungen den Verhandlungen zu. Fromke erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß es nunmehr an den Unternehmern liegen werde, wie weit sie den Transportarbeitern der Metallindustrie, deren Löhne kaum die Hälfte der Löhne anderer Transportarbeitergruppen betragen, entgegenkommen wollen. Wie ernst es den Transportarbeitern mit der Erreichung höherer Löhne ist, beweisen die Arbeitseinstellungen der letzten Zeit in den größten Betrieben.

Die Versammlung lehnte nach einander Aussprache die beabsichtigten Verschlechterungen für den Rahmentarif gleichfalls ab und beauftragte die Verhandlungskommission, bei den heute stattfindenden Verhandlungen mit aller Energie eine angemessene Erhöhung der Transportarbeiterlöhne durchzusetzen.

Zum Streik im Stuck- und Gipsbau.

Die seit dem 1. April im Streik stehenden Stuckateure und Gipsbauarbeiter hielten am 6. Mai ihre Streikversammlung der sechsten Woche ab. Von Anfang des Streiks an war zu erkennen, daß der ausgemessene Kampf nicht leicht sein würde. Die große Bedeutung der fünf Hauptpunkte des Tarifvertrages, auf deren Rückwärtsentwicklung die Unternehmer bestanden, veranlaßte die gesamte Fachgruppe zu ihrer einmütigen Stellungnahme.

Der bereits im Jahre 1912 von den Stuckateuren in neun Streikwochen erkämpfte Achtstundentag soll beseitigt werden. Der Arbeitsnachweis soll wieder als nur im Notfall benutzbar geändert werden. Die Akkordarbeit soll bei willkürlicher Preisfestsetzung zum Konkurrenzgebilde unter den Arbeitnehmern eingeführt werden. Die als notwendige soziale Einrichtung geschaffenen Ferien sollen restlos beseitigt werden. Die Berufsausbildung und -bezahlung, die als wichtige Angelegenheit aller Berufsangehörigen im Tarif geregelt ist, soll der willkürlichen Ausdeutungsmöglichkeit des Unternehmers preisgegeben werden. Die Löhne sollen allgemein herabgesetzt werden. Und so soll fast der gesamte Tarifvertrag verschlechtert werden.

Von verschiedenen Firmen liegen Schreiben und Anfragen vor, wonach dieselben bereit sind, die vom Vangewerksbund gestellten Forderungen anzuerkennen und um Arbeitsaufnahme ersuchen. Die Versammlung erblickt jedoch hierin nur die Absicht, bestimmte notwendige Arbeiten fertigstellen zu lassen, worauf die Unterführten zurückgezogen würden. Die Streikenden zeigen sich noch von demselben Geiste befeuert, wie am Anfang der Bewegung. Ihre Parole lautet: „Durchhalten“ bis zum endgültigen Siege.

Formen- und Sieberei-hilfsarbeiter! Jeder Zugang nach Süde ist infolge dort bestehender Differenzen fernzuhalten

Im Paddelboot wirst frisch und froh



rauchst Du ne DOTA-RADIO

durch Güte und Preiswürdigkeit seit Jahren bekannt

Riesen-Auswahl! Herren-Gabardine!

M. 9.50, 12.50, 15.20, 14.60, 18.60, 16.95, 17.80, 18.50 bis 19.50
Modernste Musterungen! 1a Qualität!

Alle Neuheiten in Damenstoffen, reichste Auswahl, reine Wolle Mk. 8.90 an
Tuchhaus M. E. Freitag, Mollkenmarkt 14
1. Cho M. - Ike - r - De

DIE 2-PFG. ZIGARETTE DER BEHAGLICHKEIT

Die Parteien zum Stadthaushaltplan.

Woher sind die Mittel zu nehmen — wer soll die Lasten tragen?

In der Berliner Stadtvollversammlung begann gestern die allgemeine Debatte über den Stadthaushaltplan für 1924. Nur die vier größeren Parteien kamen bisher zum Wort, und zwar in der durch ihre Stärke gegebenen Reihenfolge: Sozialdemokraten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Kommunisten. In der Beurteilung der Finanzlage teilten die Redner im wesentlichen die Auffassung des Räumers, der in der vorigen Sitzung erklärt hatte, daß man noch nicht von dem Anfang einer Besserung, sondern nur erst von einer Atempause reden dürfe. Einig war man auch darin, daß zu einer Befundung eine wirksame Steigerung der Einnahmen nötig ist. Aber darüber, wer die Lasten tragen soll, gehen die Meinungen sehr auseinander. Von dieser Frage wird, wie der sozialdemokratische Redner, Genosse Dr. Rohmann, ausführte, die Entscheidung über den Haushaltplan abhängen. Er erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion an der Seite der wirtschaftlich Schwachen stehen wird. Sie werde nicht dulden, daß zugunsten der Großverdiener die Lasten der Arbeiter gesteigert werden. Herr von Cohnern, der für die Deutsche Volkspartei sprach, erlaubte sich in seinen Bemerkungen über den Räumers' abbaubau einen taktlosen Ausfall gegen Stadtschulrat Paulsen. Mit der notwendigen Schärfe wies unser Genosse Paulsen ihn zurück.

Die gestrige außerordentliche Sitzung begann um 6¼ Uhr. Nach dem Uebereinkommen im Kabinettsauschuss sollte sie lediglich der ersten Lesung des Stadthaushalts für 1924

gewidmet sein. Jedem Redner sind 45 Minuten Redezeit zugewilligt. Dem Wunsch einer Fraktion, einen zweiten Etatredner vorzuschicken, soll entsprochen werden. Den Redner eröffnete Gen. Dr. Cohnmann: Er uns liegt, so führte er aus, der erste Etat, der wieder auf wertbeständiger Basis aufgestellt ist. Nach der vorigen Haushaltsplan scheiterte zunächst an dieser Frage der Wertbeständigkeit, und da waren es gerade dieselben bürgerlichen Parteien, die jetzt das Verdienst der Stabilisierung der Währung für sich in Anspruch nehmen, die von der Wertbeständigkeit der Steuern nichts wissen wollten, die eine wertbeständige Besteuerung des Besitzes zu verhindern suchten. Wer wird jetzt die Lasten unserer Wirtschaft tragen? An der Beantwortung dieser Frage hängt die Entscheidung über den Etat. Den bürgerlichen Reichsregierungen des letzten Jahres muß man das Verdienst lassen, daß sie sehr großes

Talent im Erfinden unsozialer Steuern besessen haben (sehr gut links). So haben sie uns u. a. die famose Mietsteuer befördert, obgleich jedermann weiß, wie schwer gerade die kleinen Einkommen befallt sind, wie die Lebenshaltung der breiten Massen bis unter die Grenze des Existenzlichen herabgedrückt ist. Der Kampf um die Steuern wird sich ja diesmal wiederholen; wir werden da wie früher auf der Seite der wirtschaftlich Schwachen stehen. Vor einem Jahr stand die Stadterhaltung im Zeichen der Frage Groß-Berlin; mit Genugtuung ist festzustellen, daß sie stark in den Hintergrund getreten ist. Wir sind von jeher für eine vernünftige Dezentralisation und für eine Degressifikation der Verwaltungen eingetreten, nun endlich geht man diesen Weg auch im Etat, indem man statt der von den Bürgerlichen angestrebten Gefechesmacherel eine vernünftige, sachgemäße Arbeitsverteilung vorschlägt, die dann auch eine Verminderung der Arbeit in allen Verwaltungszweigen und damit eine Vereinfachung des Verwaltungssystems, einen „Abbau“ ermöglicht. Freilich hätte eine mehr vorausschauende Politik im Reich wie in den Kommunen uns vor dem jetzigen

überflüssigen Abbau mit seinen Härten und Rücksichtslosigkeiten bewahrt. Das Musterbild dessen, was die bürgerlichen Kommunalpolitiker dieses Hauses unter Abbau verstehen, ist der Magistratsabbau. Lediglich um den sozialistischen Einfluß einzudämmen, hat man die wichtigsten Posten, wie den Stadtmagistrat und den Stadtschulrat zu streichen beabsichtigt; hier hatten selbst einschichtige Mitglieder der Mittelparteien starke Bedenken, aber die Deutschnationalen bestanden auf ihrem Schein: die Verwaltung einer Bier-

millionenstadt hat ohne diese Beamten auszukommen. Eine solche Politik des Spartens an der Volksgesundheit, an den kulturellen Bedürfnissen der breiten Massen ist ein Verbrechen; es offenbart sich darin der

finstere Haß gegen den sozialistischen Magistrat. Zur Bänderung der Not im letzten Jahre hat die Stadt ihre Schuldigkeit getan; wenn Berlin über die Wirtschaftskrise hinwegkommen konnte, so ist das nicht zuletzt auch das Verdienst der sozialdemokratischen Partei. Die Not ist aber immer noch groß genug; die Kämmerer muß neue Mittel beschaffen, u. a. für die Erwerbslosenfürsorge und für die Behebung der Wohnungsnot. Hier werden ja die Interessen des Hausbesitzes der neuen Wohnungsfürsorgegesellschaft allerlei Anknüpf zwischen die Beine werfen; auch hier stehen die Deutschnationalen im Vordergrund, wie sie in ihrem Bestreben, die Wohlfahrtsanstalten abzubauen, auch zur Schließung der Beamtenwohnhäuser bereit waren! Wir haben solcher Katastrophenpolitik den entschiedensten Widerstand entgegengebracht. Die kommunalen Wohlfahrtsanstaltungen müssen auch in Zeiten schwerster Not aufrechterhalten werden.

Die Wohlfahrtspflege und insbesondere die Jugendpflege muß immer mehr von der Allgemeinheit getragen und kontrolliert werden, sie darf nicht mehr in der Hauptsache Privaten überlassen bleiben. Das gilt auch von der Schulpolitik. Hier haben sich leider die Mittelparteien von der Reaktion ins Scheitern nehmen lassen; in seiner vorunglücklichen diesjährigen Vorsteheramts-Anerkennung hat Dr. Caspari in diesem Punkt buchstäblich „aus der Schule geplatzt“. Doch um den sozialistischen Einschlag des Berliner Schulwesens zu befeitigen, haben sie der vorwärtstreibenden Schulpolitik eine feindselige Politik der Bremsklappe entgegengestellt, haben sie überflüssige Privatschulen mit städtischen Geldern verschwenderisch unterstutzt, haben sie die Aufstellung des Berliner Schulwesens aus parteipolitischen Gründen verhindert, haben sie schließlich mit dem Abbau des Stadtschulratspostens eine antisoziale Kulturpolitik

getrieben, die auch vor den abenteurlichsten Konsequenzen nicht zurückschreckt. Auch die Berufsschule droht den Privatinteressen gewisser Gewerbebranche geopfert zu werden. — Berlin hat bisher in allen großen Betrieben eine Finanzpolitik von der Hand in den Mund getrieben; sie war so bei den Anleihen eine Politik der verpönten Möglichkeiten, sie hat aber auch politische Möglichkeiten verpöht. Die Kommunisten haben in der Bekämpfung der sozialistischen Arbeit ihre vornehmste Aufgabe erfüllt. Wir haben oft auf die Plan- und Systemlosigkeit in den Arbeiten der Verwaltung aufmerksam gemacht, aber der Magistrat ließ jede praktische politische Führung vermissen. Und dazu gefühlte sich ein erhellender Wagnis an politischer Klugheit und programmatischer Sicherheit bei den Mittelparteien. Mit einer Politik der nachsichtigen Mehrheiten ist eine Weltstadt wie Berlin auf die Dauer nicht zu verwalten. Einer offenen oder verdeckten Politik des Bürgerblocks, die ja oft verübt worden ist und noch öfter Schiffbruch gelitten hat, werden wir nicht die Strigbügel halten, sondern ihr jedenfalls den äußersten Widerstand entgegensetzen.

Städtische Werke sind für uns keine Wohlfahrtsanstaltungen, aber auch keine Profitbetriebe um jeden Preis. Für uns liegt der Wert kommunaler Betriebe in der Möglichkeit, Rentabilität und soziales Verantwortungsgewissen gegenüber der Arbeiterschaft wie den Verbrauchern bzw. Abnehmern zu vereinigen. Darum haben wir gegen die Arbeiterpolitik der Berliner Straßenbahndirektion mit allen Kräften angeknüpft, darum wehren wir uns gegen eine übertriebene Ueberbauwirtschaft der Werke, die keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der ärmeren Bevölkerung nimmt. Wir treten ein für einen planmäßigen Ausbau der gemeinwirtschaftlichen Betriebe. Die Kommunalbetriebe sollen in jeder Beziehung Musterbetriebe sein. — Herr Koch von ganz rechts und Herr Dörr von ganz links haben gemeinsam prophezeit, daß bei den Wahlen die Sozialdemokratie in Berlin „weggefegt“, „liquidiert“ werden würde. Einstweilen hat es mit dem Liquidieren noch gute Wege. Geschichtliche Notwendigkeiten lassen sich so leicht und schnell nicht wegfeigen. Und eine geschichtliche Notwendigkeit ist es, daß wir

aus dem Chaos der Nachkriegswirtschaft durch planmäßigen Aufbau und Ausbau herauskommen, durch eine gerechtere Verteilung der Lasten, Pflichten und Rechte. Dieser unser Klassenkampf in des Wortes tiefer geschichtlicher und sittlicher Bedeutung muß auch in der kommunalen Politik geführt werden und wird zum Siege führen — trotz alledem und allemal! (Lebhafte Beifall.)

Nach unserem Genossen sprachen zunächst die Vertreter der beiden Rechtsparteien, Dr. Steiniger (Dnail) und v. Cohnern (D. Sp.). Beide legten sich in ihren Ausführungen zum Etat starke Beschränkung auf und konnten auch nicht anders, da ja bisher der Etat selbst noch gar nicht vorliegt, die Kritik vielmehr nur an der Etatsrede des Räumers anzufügen vermog. Dr. Steiniger richtete einen Appell zu gemeinsamer Arbeit an die Parteien. Herr v. Cohnern schloß sich dem erwähnten Appell an, kritisierte u. a. die „Systemlosigkeit“ der Verwaltung in der Wohlfahrtspflege, gefiel sich aber daneben

In ungemein scharfen Ausfällen gegen den Stadtschulrat Paulsen, dem er die Eignung und die Reife für sein Amt, für das er auch nicht die einfachsten Vorbedingungen mitbringe, vollständig abspach. Stadtschulrat Paulsen legte gegen dieses beispiellose Vorgehen gegen eine solche Beleidigung eines Magistratsmitgliedes Protest ein; diese Beleidigungen erreichten ihn nicht, das Urteil über seine Arbeit und über seine Leistungen in diesen drei Jahren überlasse er den Sachverständigen, die ihm maßgebender seien, als Herr v. Cohnern.

Schwendt lehnte für die Kommunisten die „unsoziale und unfürmige“ Politik des Magistrats ab. Er wandte sich auch gegen den „plumpen Polizeigeist“, mit dem man gegen die sozialistische Handlungsvorgehensweise sei. Dann verlagte man die Fortsetzung der ersten Etatslesung auf Donnerstag. Herr v. Cohnern erklärte in persönlicher Bemerkung gegen Paulsen, er habe mit seiner Kritik lediglich von seinem Rechte Gebrauch gemacht.

Lokalrummel.

„Erstens kommt es anders, zweitens als man denkt!“ Schade, schade, daß unser liebes, gutes, altes Lokalblättchen niemanden, keinen guten, treuen, wohlmeinenden Freund hatte, der ihm dieses klassische Sägen in die Ohrspeichel sästerte! Also: das Lokalblättchen hatte für die Nacht nach den Wahlen den Berliner Rundfunkender gemietet. Zwei dieser Beschloßnahme aber war gemessen, dem „deutschen Volk“ die (positiv und fest erwarteten) Riesenerfolge der Deutschnationalen oder wenigstens die Riesenerfolge der neunmal verlusteten „Roten“ als Wahlergebnisse per Rundfunk bekanntzugeben. Natürlich, natürlich, selbstredend mit entsprechender Paulsenausfüllung durch durchaus zeitgemäße, den einseitigen Riesenerfolge und der anderseitigen Riesenerfolge angepaßte Schönform, besser gesagt Mittelmaß. Man hatte sich die Sache so schön gedacht: zwischen der „Wacht am Rhein“ und dem „Friedericus Rex“ ein lustiges Resultat, sagen wir: Deutschpöblich 23 Prozent, Deutschnational 25 Prozent, Deutsche Volkspartei 25 Prozent, das Kleinzeug (na, gutwillig) 20 Prozent und die „Roten“ die Bombenplättchen von 5 Prozent! Die „Wacht am Rhein“, der „Friedericus“, Mittelärmliche, dazwischen natürlich (bis zwei Uhr nachts ist's lange und man kann nicht immer patriotisch sein, man muß auch dazwischen mal erotisch sein!) ein paar solche Operettenhänger, ein paar Dernier-cri-Melodien, Potpourries waren zu haben; was leider nicht für das Lokalblättchen zu haben war, war die Reize der Roten und der Sieg der deutschen Volkspartei! Woraus das Lokalblättchen erntet nehmen kann, daß man zwar Rundfunkender und Mittelärmlich prompt bestellen kann, nicht aber Wahlergebnisse, Siege und Weiten! Was aber wird man in Paris, in London, sonst im Ausland, wo man in Heimen und Zeitungen spannend auf die Resultate gewartet hat, gesagt und gedacht haben, als man die Resultate vernahm — ausgerechnet mit Klängen, die weniger friedlich als die Resultate selbst klangen! Wird man das drüber eine Demonstration nennen, ein Dinen, eine Tafel, die man bedrückten müße? Hoffen wir nicht; sonst könnte dieser dumme Luxus des Spielblättchens uns vielleicht noch manches zu denken geben. Wer aber hier am Rundfunk (ah, bedauert die Kapelle, die sich so gebrauchen ließ und die — weh Gott! — so Gutes leistete, daß man sie gerne häufig im Rundfunk hören möchte.

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Cinnankoski.

Niemand sprach, sogar Reskitalo schien bewegt. Wortlos schritten sie langsam auf die Ebene hinab. Lutela konnte sich nicht ableugnen, daß ihm weh zumute ward. Er wußte selber nicht, was er eigentlich wünschte — es war nur während des langen schweigenden Hinschauens entstanden, das die Büsche, die Beete und Gräben, die Bäume, Steine und Scheunen, die Geschäfte mit den rauchenden Schornsteinen oder den leise quäsenden Korndarren, das Leben des ganzen Dorfes umfasst hatte. Und als er nun, ganz hinten geblieben, die in einem ziemlich langen Zug den Hügel hinabziehenden Schafe und Kühe mit ihren Treibern, den Wogen mit seinen Insassen und dem nachlaufenden Herde sah, da konnte er nicht mehr gegen das Gefühl des Augenblicks ankämpfen. „Dies ist doch merkwürdig“, sagte er, zu den anderen kommend, mit bebender Stimme. „Wie wenn man Abraham und Lot wäre und ins Land Kanaan wanderte.“ Reskitalos Mundwinkel verzogen sich zu einem vergnüglichen Lächeln, weil Lutela einmal einen biblischen Vergleich gebrauchte. Er wandte sich zu ihm: „Und beiden ging es wohl und ihrem Volke — wie sie auch Männer und Gebrüder waren untereinander!“ Lutela schwebte ein heißes Wort auf der Zunge wegen dieses Abschlusses und des fromm süßlichen Tones, in dem er ausgesprochen wurde. Aber sein eigenes Gefühl war so wahr und fester, daß er seinen Berger hinunterschickte und nichts erwiderte. Reskitalo dagegen redete um so mehr. Er begann breit davon zu erzählen, von welcher Art Savolar war und wie es dort aussah. „Du sturterst!“ dachte Lutela ärgerlich. „Ich habe nichts dergleichen gesehen. — Obwohl: ich weiß, worauf du hinauswilst!“ Auch die anderen hörten kaum noch mit halbem Ohre zu — es hatte sie dasselbe Gefühl erfaßt wie Lutela. „Seht mal, was für eine prächtige Saat!“ — „In Arvola ist eine neue Glaslaube gebaut worden! Haben sie dort im Sommer Blumen?“ Ausrufe und Gedanken kreuzten ein-

ander. Alles war so schön und lieb, daß es nirgends seinesgleichen gab. Am Tore eines nach links abbiegenden Zaunweges wuchs eine große Fichte, die als Gatterpfosten diente. „Halt mal einen Augenblick!“ rief der älteste Sohn, das Beifeld des Döfens Hanna zuwerfend. Er selbst eilte zu der Fichte und schlang jungenshaft ausgelassen seine beiden Arme darum. — Die Hände erreichten sich nicht. „Komm mal, Kalle!“ rief er seinem Bruder zu. „Ob wir's wenigstens zu zweien fertigbringen?“ Der jüngere Bruder kam erfreut herbeigelaufen. Er brauchte jedoch nicht soviel, um den Baum zu umspannen. Aber sie mahen immer weiter, wie wenn sie die alte schrandige Fichte heimlich umarmten — während die anderen lächelnd zusahen. „Solche Kerle wachsen nicht überall!“ rühmte Viktori. „Nein, so eine Fichte am Gatter ist doch was Prächtiges!“ „Hinter dem Pferdestall von Arvola steht genau so eine!“ rief Hanna, mit der Hand dorthin deutend. „Und dort — seht ihr? Es gibt doch prächtige Fichten in Tavassland!“ Die mußte man jetzt alle verlassen. Und dahinten dämmerte, durch Lutelas Bergfeld emporgehoben, der geheimnisvoll lastende, schicksalsschwangere Hintergrund der Reise. Nur von den Männern Gottes, von Königen und Helden hatten sie gelesen, daß sie solche Pfade wanderten, nie von häuerlichen Menschen und nicht wegen solcher Dinge. Sie wanderten sie jetzt. Lutela blieb stehen, hob die Hand über die Augen und blickte darunter hervor, wie wenn er nicht geglaubt hätte, was er sah. — In dem auf die Landstraße mündenden Seitenweg stand eine ältere Frau. „Steh mal an, Karolina!“ rief Reskitalo aus. „Und so weit her!“ „Man muß doch wenigstens Lebewohl sagen“, entgegnete Karolina in ihrer gutmütigen Art, die Vorbeiwandernden mit der Hand begrüßend. Die Geschwister blieben hinter den anderen zurück. „Es ist soviel zu tun gewesen“, sagte Lutela, wie um Bezeichnung bittend, daß er nicht zum Abschiednehmen gekommen war, sondern daß sich die Schwester hatte aufmachen müssen.

Darauf folgte ein langes Schweigen. „Ja hätte nicht geglaubt, daß es eine so weite Reise für dich werden würde.“ sagte schließlich die Schwester. „Ja auch nicht.“ Dann gingen sie wieder in eigenen Gedanken vorwärts. Das Dorfgeleude war zu Ende, sie waren einen kleinen bewaldeten Hügel hinangestiegen. „Seht leere ich um.“ sagte die Schwester. Sie hielt die Hand des Bruders in der ihren, beider Augen waren feucht. „Run Gott befohlen!“ „Desgleichen!“ Die Schwester hätte noch sagen wollen: ist dies das letzte Mal, daß wir uns gesehen haben? Aber sie wagte es nicht, sowohl ihrer als feinetwegen. — So tranken sie sich. „Ich hab's so ganz vergessen!“ rief die Schwester zurückkehrend und ihrem Bruder fast heimlich ein kleines Bündel in die Hand gebend. Lutela fühlte, daß es diese Wollstrümpfe waren. Er warf seiner Schwester einen dankbaren Blick zu und wandte sich eilig ab. Allein geblieben, wuschte er sich mit dem Handrücken über die Augen. Die anderen hatten schon einen großen Vorsprung gewonnen. Die Straße ging schurgerade, auf beiden Seiten die weittragende Linie der Telephonstangen mit den wunderbaren Drähten. Das gab Lutela die Vorstellung einer so unermeßlich weiten Reise, wie wenn er in die ferne Ewigkeit gewandert wäre. Er holte die anderen auf angebaute ebenen Gelände ein. Der Weg war schmutzig geworden, die Radspuren hatten sich vertieft, die Tiere warteten bis zur Mitte der Beine im Schlamm. „Karolina läßt euch grüßen — ich bin weit zurückgeblieben.“ sagte Lutela, um etwas zu sprechen. „Danke schön.“ Die Kühe hatten Halt gemacht, um einen Augenblick zu verschnaufen. „Das plätscht ja bis hierher!“ sagte Helta Weinerlich, während sie vom Schenkel einer Kuh einen Schmutzklumpen mit der Schürze abwischte. (Fortsetzung folgt.)

Das Asyl als „Großbank“ der Geldfälscher.

Nähezu 300 Fälle von Falschmünzerei.

Als die Großzertrite für alle Falschgeldangelegenheiten bezeichnend der Staatsanwalt das Asyl für Obdachlose und führte weiterhin aus, daß durch die starke Zunahme der Banknotenfälschungen die Inflation des vorigen Jahres erheblich gestärkt worden sei.

Während im vorigen Jahre im ganzen hundert Fälle von Falschmünzerei anhängig waren, beträgt deren Zahl in diesem Jahre beinahe schon dreihundert. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich nämlich mit mehreren Fällen von Banknotenfälschungen zu beschäftigen. Der Schlichter Joseph Wager aus Nürnberg hatte falsche Billiomenscheine abgefälscht, die er in der Passage erworben haben wollte. Obwohl er keine eigene Wohnung hatte und im Asyl mächste, war er doch in Konfitturengeschäfte gegangen und hatte seine Fähigkeiten gelauft, bei denen er die Billiomenscheine in Zahlung gab und sich dann den Restbetrag herausgeben ließ. Das Gericht verurteilte ihn zu 9 Monaten Gefängnis. — Der zweite Fall betraf einen Kaufmann Holz, der wiederum Geld ausfälschte und ebenfalls mit dem Beschäftigten arbeitete. Deshalb ging er immer erst bei eintretender Dunkelheit in die Bäden. Eine Verkäuferin in der Passstraße bemerkte jedoch die Fälschung und veranlaßte seine Festnahme. Vor der Ur hatten einige verdächtige Gestalten gestanden, offenbar seine Helfer, die aber, als sie Unheil witterten, eilends verschwanden. Der bereits vielfach vorbestrafte Angeklagte erhielt zwei Jahre Gefängnis.

Raubüberfall auf einen Rassenboten.

Eine Firma in Halensee schickte am Dienstag vormittag einen 70 Jahre alten Rassenboten mit dem Auftrag, von einer Bank in der Dorothienstraße 5000 Goldmark abzuholen, fort. Der Bote hatte das Geld abgehoben und war dann mit dem Zuge 1351 von Bahnhof Friedrichstraße, der nach Grunewald fährt, abgefahren. Als er auf dem Bahnhof Charlottenburg den Zug verlassen wollte, um in den Zug nach Halensee umzusteigen, erhielt er plötzlich einen Stoß, der ihn auf den Bahnsteig warf. Gleichzeitig wurde ihm die Tasche mit dem Geld von dem Unbekannten entzogen, der sich nun auf den schon wieder in voller Fahrt befindlichen Zug schwang. Der Überfallene benachrichtigte sofort den Bahnhofsvorsteher. Dieser telephonierte unverzüglich alle Stationen, insbesondere Bahnhof Eichkamp an, um auf den Räuber aufmerksam zu machen und dessen Verhaftung zu veranlassen. Der Räuber, der dies wohl ahnte, ist wie spätere Ermittlungen ergaben, ca. 100 Meter vor der Station Eichkamp aus dem fahrenden Zug gesprungen, die Böschung hinaufgestiegen und durch das sich anschließende Laubengebiet entkommen. Alle Personen, die den Räuber auf dem Bahnhof Charlottenburg oder beim Absteigen aus dem fahrenden Zug beobachtet haben, werden gebeten, sich bei dem Raubdezernat, Kriminalkommissar Bernedurg, Polizeipräsidium, Zimmer 80 umgehend zu melden. Der Täter hat sicher den Rassenboten schon auf der Bank in der Dorothienstraße beobachtet, ist ihm gefolgt und hat im günstigsten Augenblick den Raub ausgeführt.

Theaterfandal. Während der gestrigen Aufführung des Schauspiels „Japantreich“ im Trianon-Theater kam es zu einer unlieblichen Störung. Gegen 9 Uhr, als der zweite Akt über die Szene ging, unterhielt sich der 39 Jahre alte Bädermeister Otto St. damit, laute Zwischenbemerkungen zu machen, zu schimpfen und die neben und vor ihm sitzenden Theaterbesucher zu belästigen. Schließlich verließen die Schauspieler die Bühne und die Vorstellung wurde bis nach Entfernung des Störenfrieds durch Polizeibeamte unterbrochen. Nach Feststellung seiner Persönlichkeit auf der nächsten Wache ist St., der stark angetrunken war, wieder entlassen worden.

Vermißt wird seit dem 23. April der Kaufmann Karl Witt, Berlin, Schivelbeiner Str. 8, wohnhaft. Er ist von großer, starker Figur, hat rundes, volles Gesicht und kleinen amerikanischen Schnurrbart. Bekleidet war er mit grauem Jacket, schwarzem weichen Hut, dunklem Anzug, grauem Krawatte, grauen Strümpfen und schwarzen Schnürstiefeln. Meldungen erbittet Frau Hedwig Kiener, geb. Witt, Reußlin, Kaiser-Friedrich-Str. 167.

Englisch und Spanisch für Anfänger. In der Sprachenschule für Proletariat beginnen in der kommenden Woche zum letzten Male in diesem Jahrgang neue Abendkurse in Englisch und Spanisch für Anfänger ohne Vorkenntnisse. Unterrichtsabende: Mittwoch oder Freitag von 8—10 Uhr. An den vorgezeichneten Kurzen können noch Genossinnen und Genossen mit Vorkenntnissen teilnehmen. Anmeldungen: Freitag, den 9. Mai, abends von 7—9 Uhr, und Sonnabend, den 10. Mai, abends von 8—10 Uhr in der Gemeindefschule, Gipsstr. 23a (Nähe Bahnhof Börse); desgleichen am Mittwoch, den 14. Mai, abends von 7—9 Uhr in Reußlin, Bobbinstr. 52/53 (Gemeinde-Mädchenschule).

Speech-Chor für proletarische Feiertage. Morgen, Donnerstag, pünktlich 7^{1/2} Uhr abends, Uebungsstunde im Gesangsraum der Sophien-schule, Weinmeisterstr. 16/17. Es wird darum gebeten, die Karten für die letzte Feiertage abzugeben.

Todesurteil für einen Mörder. Das Landgericht in Münster in Westfalen hat den 18 Jahre alten Paul Krause aus Reine zum Tode verurteilt, der in Gemeinschaft mit seinem jüngeren Bruder den Sohn eines angesehenen Bürgers nach einem mißglückten Erpressungsversuch ermordet hatte.

Das Rhein-Hochwasser hat seit gestern einen Stand erreicht, der die ersten Beschränkungen in der Rheinschifffahrt zur Folge hat. Danach müssen sich Schiffszüge 80 Meter vom Ufer entfernt halten.

Der vermählte amerikanische Weltumflieger gesichtet. Wie aus Alaska gemeldet wird, haben Eingeborene den vermählten Führer des amerikanischen Weltumfluges, Major Martin, auf seinem Flugzeug in der Richtung nach dem Behringmeer fliegen sehen. Die in das Gebirge entsandte Rettungsexpedition ist zurückberufen und statt ihrer ein Dampfer in das Behringmeer entsandt worden, um nach Major Martin zu suchen.

Das Land um den Amazonasstrom.

Auswandern oder nicht?

Ein Parteigenosse in Brasilien schreibt uns: Die großen Passagier-Dampfschiff-Gesellschaften haben Hochkonjunktur. Die Plätze aller Schiffe der drei großen deutschen Gesellschaften sind auf Monate im voraus belegt. Man muß von Glück sagen, wenn es gelingt, einen Monat vor Abfahrt eines Dampfers noch einen Wohnplatz zu erwischen. Wie in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein ununterbrochener Zustrom von Europäern nach Nordamerika erfolgte, so hat nach Beendigung des Weltkrieges ein solcher nach den Südstaaten Amerikas, namentlich nach Brasilien, eingesetzt. Der Hauptteil entfällt auf Deutschland, und seit dem vorigen Jahre nach der erfolgten Ruhrbesetzung und der dadurch bewirkten Wirtschaftskrise auf das westliche Deutschland. Tausende und Abertausende tüchtiger, oft der besten Arbeiterfamilien haben seit dem Ruhereinbruch ihr letztes Hab und Gut verkauft, um das Reisegeld zu erhalten und sich eine neue Heimat zu suchen. Welchen Umfang diese Auswanderung angenommen hat, zeigt die amtliche Einwanderungsstatistik in Rio de Janeiro. Allein im März 1924 sind in Rio an 5000 Personen gelandet, und von diesen fast 3000 auf der Blumeninsel untergebracht und von dort weiterbefördert worden. (Auf der Blumeninsel werden nur Deutsche untergebracht.) Rechnet man hierzu noch die Einwanderung in den übrigen Häfen mit nur 1000, so ergibt die Einwanderung in einem Monat rund 6000 Personen. Es wird deshalb zweifellos sein, die Ansicht eines alten deutschen Parteigenossen über die Verhältnisse in Brasilien kennen zu lernen, wie sie bei seiner Ankunft Ende März bestanden. Aufklärung wird unbedingt notwendig sein, damit nicht Deutsche durch Verlockungen, falsche Informationen usw. dazu verleitet werden, ihr letztes Hab und Gut zu verkaufen, um nur das Reisegeld nach Brasilien herauszuschleusen, und dann ohne einen Pfennig Geld anzukommen, hoffend, daß ihnen das veräußerte Reisegeld zurückerstattet, oder von der brasilianischen Regierung für ihre weitere Existenz gefordert wird. Wer jedoch über einiges Vermögen verfügt, und einmal den Entschluß zur Auswanderung gefaßt hat, dem werden die nachfolgenden Ausführungen ebenfalls von großem Nutzen sein.

Uebereinfahrt und erster Aufenthalt.

Vorerst über die Auswahl eines Dampfers. Man wähle zur Uebereinfahrt am zweckmäßigsten einen Dampfer, der nur 3. Klasse Passagiere befördert, da auf diesen Dampfern dem Wohnbedpassagieren dieselben Rechte in bezug auf Benutzung der Kabinen, Schreibzimmer usw. zustehen wie den Reisenden in Kabinen. Die Hapag hat drei solche Dampfer: „Banern“, „Baden“ und „Württemberg“ in ihren Dienst nach Südamerika gestellt. Ich habe festgestellt können, daß Behandlung und Verpflegung gut waren, was auch von allen Seiten bestätigt wurde, während ich sonst viele Klagen über Gesellschaften hörte, die mit viel Reklame Passagiere zur Auswanderung verleiteten. Die Uebereinfahrt von Hamburg bis Rio de Janeiro dauert in der Regel 18 bis 21 Tage. Man bitte sich beim Anlegen der Schiffe unterwegs von den an Bord kommenden Händlern, Waren zu kaufen, da diese vielfach Preise fordern, die höher sind wie in Deutschland. In Land erhält man dasselbe oft unter der Hälfte. Beim Aussteigen in Rio trage man keine Kurzweifen, wie Revolver und Dolche in der Kleidung, da dies verboten und solche Waffen beschlagnahmt werden. Ein Jagdweser kann man öffentlich mitnehmen. Nach der Ausschiffung erfolgt die Revision des Handgepäcks durch die Zollbehörde. Diejenigen Auswanderer, die in Rio bleiben wollen, sei es, daß sie hier in Stelllungen gehen oder sonst Verbindungen haben, oder auch über reichliche Geldmittel verfügen, um den Aufenthalt in Rio zu bezahlen, können nun durch die Zollverre in die Stadt gehen. Die übrigen, und dies ist die große Mehrzahl, läßt sich auf Kosten der Regierung nach der Blumeninsel befördern und dort frei verpflegen und später auch nach dem gewünschten Bestimmungsort frei befördern. Die Lebensverhältnisse in Rio sind für den Deutschen ganz gemäß kein Ideal. Die Hitze ist unerträglich. Die Preise für Lebensunterhaltungskosten im Durchschnitt teurer wie in deutschen Großstädten. Butter zum Beispiel kostet das Pfund 3,50 bis 5 R., Wohnungen und Kleidung doppelt so teuer. Haushaltungsgegenstände, Glas und Porzellanwaren sind bedeutend teurer. Etwas billiger dagegen ist lebendes Vieh und Geflügel und die Preise in den Gastwirtschaften für Speisen (Getränke s. u.) jedoch teurer. Ich habe verschiedentlich Leute gesprochen, die erklärten, sie seien wegen der hohen Steuern aus Deutschland ausgewandert; sie sind hier bekehrt. In Rio gibt es fast gar nichts, wofür man nicht indirekte Steuern entrichtet; von Streichholzern, Zigarren und Zigaretten ganz zu schweigen. Fast jedes Stück, das man kauft, hat seine Steuerbanderole. Jeder Käse

hat seine Steuermarke, jede Tafel Schokolade. Kauft man sich ein Paar einfache Sockenhalter, so ist die Steuermarke aufgeklebt. Ist man in einem Speisehaus, so hat selbst die Serviette ihre Steuerbanderole.

Auf der Blumeninsel.

Die Verhältnisse in den anderen Staaten sind etwas günstiger. Brasilien hat 20 selbständige Staaten, die auch in steuerlicher Hinsicht einige Selbständigkeiten besitzen. Auch die Lebensmittel- und Wohnungspreise gehen in diesen Staaten um ein bedeutendes gegen Rio herunter. Run einige Worte zu den Existenzmöglichkeiten, der Ueberweisung von Land und der Unterbringung auf der Blumeninsel. Haben die Passagiere die Zollrevision passiert, so werden sie mit ihrem Handgepäck nach der „Ilha das Flores“ (Blumeninsel) frei befördert, das große Gepäck wird später in Gegenwart der Auswanderer revidiert und dann ebenfalls dorthin geschafft. Bei der Revision dieses Gepäcks mangelt es an deutschem Ordnungsgeist. Sämtliche Auswanderer werden zugleich in den Zollabfertigungsraum hineingelassen. Ein jeder sucht sich nun seine großen Gepäckstücke zusammen und öffnet sie zur Revision. Kein Beamter fragt ihn, wieweil Gepäckstücke er hat. Man muß anerkennen, daß das Ehrlichkeitsgefühl der deutschen Auswanderer sehr ausgeprägt ist, sonst hätten sich schon viele Mißbilligkeiten herausgestellt, da kein Mensch danach fragt, ob man 4 oder 6 Gepäckstücke herausbefördert. Die Blumeninsel liegt rund eine Stunde Dampferfahrt von Rio entfernt. Hier sind im Durchschnitt rund 1000 Personen untergebracht, oft jedoch sind es 1500—1700. Als Schlafgelegenheit dienen eiserne Betten mit einer Schiffsmatratze und Koppfeil; jedoch ohne Decke, da es so heiß ist, daß eine solche nicht gebraucht werden könnte. Das Essen ist einfach; morgens Kaffee und Brot, mittags Rindfleisch mit etwas Fleisch und Reis, abends schwarze, geschwundene Bohnen und Brot. Wenn man auch anerkennen muß, daß die Verpflegung und Unterbringung dieser vielen Tausende und Abertausende von Einwanderern dem brasilianischen Staate erhebliche Summen kostet, so herrscht doch ein Mangel an allen hygienischen Einrichtungen. Ein Arzt ist auf der Insel nicht stationiert. Jeden Tag kommt ein Arzt von Rio. Es ist dies doppelt schlimm für die kleinen Kinder, die den Klimawechsel viel schlimmer empfinden als Erwachsene. Badegelegenheit ist von 6—8 Uhr morgens im Freien, auch stehen Brausebäder den ganzen Tag über zur Verfügung, die jedoch meist durch unangemessene Behandlung nicht gebrauchsfähig sind. Reinlich ist es mit der Waschlage und den Toiletten. Diebstähle kommen so gut wie gar nicht vor, da sie mit der Verweisung von der Insel und zwei Jahren Zwangsarbeit bestraft werden. Die Auswanderer haben nun auf der Insel ihr Reisegeld anzugeben und werden, sofern nach einem Staate sich eine genügende Anzahl, 150—300, gemeldet hat, zu einem Transport zusammengestellt und mit ihrem Gepäck frei mittels Dampfer nach der Hauptstadt dieses Staates befördert. Auch die Verpflegung auf diesen Dampfern ist frei.

Neues Land.

Sofern die Regierungen der Einzelstaaten vermessenes Land zur Verfügung haben, wird solches den Auswanderern zu mäßigem Preise überlassen; in den Nordstaaten sogar unentgeltlich. Da die Zahl der Einwanderer jedoch über alle Maßen groß ist, können die einzelnen Staaten kaum so schnell die Vermessungen vornehmen lassen. Alle Vorteile vorausgesetzt, soll sich kein Deutscher entschließen auszuwandern, wenn er nicht bei seiner Ankunft in Brasilien noch wenigstens über soviel Mittel verfügt, daß er bis zur nächsten Ernte zu leben hat. Sofern er sich einem Händler resp. Krämer in die Hände gibt, kommt er nicht mehr von ihm los. Hinzu kommt, daß nicht jeder den Klimawechsel ohne gesundheitliche Gefahren übersteht. Dies trifft in erster Linie für die nördlich von Rio gelegenen Distrikte zu, in denen man sich nur auf dem Hochland, mindestens 400—600 Meter über dem Meeresspiegel anfinden sollte. Die gesundheitlichen Gefahren sind für kleine Kinder besonders groß.

Also nochmals: auf keine Versprechungen und Reklamen hineinfallen, daß hier das Reisegeld zurückerstattet werde und für den Lebensunterhalt durch die brasilianische Regierung geforgt sei durch Ueberweisung einer Farm oder in anderer Weise. Voricht aber auch bei der Gründung von deutschen Gesellschaften zum Zwecke der Auswanderung. Alle Beteiligten haben dabei schwere Enttäuschungen erfahren. Die sogenannten Hilfsvereine haben zwar diesen Namen, man verlasse sich jedoch nicht darauf, sondern nur auf sich selbst. Dann wird man auch hier sein Auskommen, und vielleicht besser als in Deutschland finden. Paul Freyer.

Wiedereröffnung des englischen Flugdienstes. Am Montag ist der englische Flugdienst wieder offiziell eröffnet worden, nachdem er seit dem 31. März infolge des Ausstandes auf dem Flughafen Croydon stillgelegen hatte. Man hofft, daß noch vor Ablauf dieser Woche der volle Dienst nach Paris, Brüssel, Ostende, Köln, Amsterdam, Berlin, Zürich und den Kanarischen Inseln wieder normal in Betrieb sein wird.

Schweres Sturmwetter in Indien. Nach einer Meldung aus Allahabad ist in dem Gebiete von Dudd ein schweres Sturmwetter niedergegangen. 46 Menschen sind nach den bisherigen Schätzungen ums Leben gekommen, 100 verletzt. Ungeheure Verluste an Vieh sind zu beklagen.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, den 6. Mai.

1. Rennen. 1. Gannar (D. Schmidt), 2. Sonnenstrahl (H. Schmidt), 3. Sheltan (Frenzel). Toto: 25: 10. Platz: 13, 19, 36: 10. Ferner liefen: Perlensucher, Otto, Prinz Karneval, Heilmattreuer, Romulus, Nissa, Abwehr, Adolph, Nestor.
2. Rennen. 1. Eisenritter (Rohmeyer), 2. Balast (H. Balst), 3. Laon (D. Schmidt). Toto: 66: 10. Platz: 23, 15, 19: 10. Ferner liefen: Distant, Redtum, Karawania, Jata Morgana, Solo, Lamara, Tiefurt, Pavilla, Graciola.
3. Rennen. 1. Jallenburg (H. Brown), 2. Becherfang (D. Schmidt), 3. Angelus (H. Blume). Toto: 60: 10. Platz: 15, 12, 12: 10. Ferner liefen: Doremmeiler, Toroto, Emeritus, Teufelsdrücker, Walfäre, Wilhelm, Knarrhilt II.
4. Rennen. 1. Balanebes (D. Schmidt), 2. Pallum (Grobich), 3. Manbarin (D. Schmidt). Toto: 15: 10. Platz: 10, 12: 10. Ferner liefen: Capribi, Partiger.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 7. Mai.
Tagessstellung Vormittags, 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
4 Uhr: „Erlebnisse im Wüstensand“ (Jugendvortrag). 4.30—5 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Prof. Chop: „Anton Dvorak“. 8.30 Uhr: Zum 20. Todestage Anton Dvoraks: Aus seinen Werken. 1. Andante aus dem Cellokonzert H-moll (Otto Urack). 2. Aus den biblischen Liedern: a) Um ihn her, b) Höre Gott, mein Flehen, c) An den Wassern von Babelvon (Manfred Lewandowski). 3. a) Andante aus dem Konzert für Violine, b) Hamorreste (Rudolf Deman, Konzertmeister an der Staatsoper Berlin). 4. Aus den „Zigeunerliedern“ (Elias Jörn von der Staatsoper Berlin). 5. Zwei Sätze aus dem Trio C-dur (Konzertmeister Rudolf Deman, Violine; Otto Urack, Cello; Dr. Felix Günther, Klavier). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther.

5. Rennen. 1. Kuglas (D. Schmidt), 2. Hampelmann (Diejst), 3. Egidert (H. Diejst). Toto: 11: 10. 3. Rennen.
6. Rennen. 1. Baloma (Breege), 2. Bergleich (H. Blume), 3. Morala (Reich). Toto: 81: 10. Platz: 12, 11, 11: 10. Ferner liefen: Sankt Thomas, Inglin Lang, Ordensritter, Gaben.
7. Rennen. 1. Cicero (Breege), 2. Quarta (Guguenin), 3. Einspruch (H. Gartsberg). Toto: 57: 10. Platz: 19, 20, 95: 10. Ferner liefen: Robert, Conventlon, Häteger, Partolt, Heidin, Denar, Rime, Herbststurm.

Wetterbericht: Meist bewölkt, jedoch keine erheblichen Niederschläge. Temperatur wenig geändert. Wäzige südliche bis südliche Winde.

Unübertrefflich!

Jasmotzi-

Dubec

beste

2 1/2 &
Zigarette



Die einzig Echte in der ges. gesch.
Packung mit dem Tabakblatt !!
Aus reinen, echten Orienttabaken
von ausgesuchter Qualität

Warum kauften Sie
einen Lastkraftwagen?

Um Ihre Ware schneller zu befördern, Zeit und Geld zu sparen. Dies können Sie aber nur, wenn der eigentliche Träger — die Bereifung — nicht versagt. Wählen Sie

Continental
Vollreifen

der versagt nie!

Wir rüsten zu neuen Kämpfen!

In dem soeben beendeten Wahlkampf lag auf den sozialdemokratischen Reihen Trommelfeuer. Um die Sozialdemokratie, den starken und darum gehobten Gegner, zu erledigen, wurde der Kampf mit aller Erbitterung geführt.

Trotz aller Verteufelung, trotz Schlagring und Messer ist aber die Sozialdemokratische Partei nicht niedergeschlagen worden. Die Sozialdemokratie hat in diesem schwersten aller Wahlkämpfe sich nicht nur glänzend geschlagen, sondern auch als politische Macht behauptet.

Mit am schwersten hatten es in diesem Wahlkampf unsere Berliner Genossen. Hier in der Reichshauptstadt sollte die Sozialdemokratie aus ihrer führenden Stellung geworfen werden.

Die aufopfernde Arbeit unserer Parteigenossen, die oft sogar unter Gefährdung ihres Lebens ihre Pflicht taten, ist es zu danken, daß weder deutschnationale noch Kommunisten die Sozialdemokratie überflügeln konnten.

Unsere Parteigenossen werden jetzt unverzagt an die Arbeit gehen, um die verloren gegangenen Positionen in kürzester Frist zurückzuerobieren. Bei der Kampfkraft, der Unerschrockenheit und Fähigkeit, die unseren Genossen innewohnt, wird das einmal gesteckte Ziel erreicht werden.

Wenn die „Rote Fahne“ in ihrem geistigen Leitartikel die nächste Aufgabe der Kommunisten dahin umschreibt: „Verschärfter, schonungsloser, unerbittlicher Kampf bis zur Vernichtung“ — das ist die Aufgabe der Partei der SPD. gegenüber, so wollen wir diesen „Arbeiterpolitikern“ schon sagen, daß sie ihr Ziel niemals erreichen werden.

Sozialdemokraten lassen sich weder von „Heil-Rufen“ der Böllischen noch von dem hysterischen Verratsgeschrei der Kommunisten beeinflussen. Wir Sozialdemokraten sehen unsere vornehmste Aufgabe darin, der erstarrten wirtschaftlichen und politischen Reaktion eine geschlossene, zielbewusste Arbeiterschaft entgegenzusetzen.

Wirtschaft

Die Gefahren der gegenwärtigen Konjunktur.

Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Belebung der Nachfrage in der Industrie und die damit steigenden Preise nicht Anzeichen einer Gesundung der wirtschaftlichen Entwicklung sind, sondern vielmehr durch Momente veranlaßt wurden, die nicht auf die Dauer wirksam bleiben können.

Einen erneuten Warnruf zur Ueberbückung der gegenwärtig so günstig erscheinenden Konjunktur schießt das Rheinische Landesarbeitsamt aus, indem es schreibt:

„Die tatsächliche Lage des Arbeitsmarktes und seine Entwicklungslinie in der nächsten Zeit können besonders heute nur richtig beurteilt werden, wenn man ihn in die allgemeine Wirtschaftslage hineinstellt. Die Verzögerung der Reparationsregelung und das Fragen der französischen Presse an dem Sachverständigenrat brüden auf die Unternehmungslust.“

Das Arbeitsamt ist jedoch im Irrtum, wenn es in weiteren Ausführungen der Arbeiterschaft zuredet, von Lohnerhöhungen abzu-

sehen, um nicht den notwendigen Preisabbau zu verhindern! Zum Preisabbau war während der Zeit, wo den Arbeitnehmern rückwärts die Löhne reduziert wurden, den Unternehmern Gelegenheit genug gegeben. Noch heute werden Produkte, die einen sehr hohen Anteil menschlicher Arbeit enthalten, zu Weltmarktpreisen und darüber verkauft, obwohl die deutschen Löhne weit hinter denen des Auslands zurückbleiben.

Der erste Ausweis der Golddiskontbank.

Nachdem die Reichsbank aus Gründen der Währungsstabilität ihre Kreditgewährung wesentlich einschränken mußte, ist die Golddiskontbank als Notbehelfer in die Bresche getreten. Ihre Kredite unterscheiden sich von denen der Reichsbank vornehmlich dadurch, daß sie auf englische Pfund lauten.

Table with 2 columns: Aktiva and Passiva. Aktiva includes Goldbestand (9000), Roten ausländischer Banken (5505), etc. Passiva includes Grundkapital (10000000), etc.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table listing various food items and their prices in Goldmark. Items include Gerstengraupen, Weizen, Roggenmehl, etc.

Die Golddiskontbank hat also bis Ende April erst 585 189 Pfund (etwa 11,7 Millionen Goldmark) gegen langfristige Wechsel der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Ein wesentlich größerer Beitrag ist inzwischen bewilligt worden.

Übler Mundgeruch... stellt das schönste Antily. Welche Übel werden sofort in vollkommen un- wähliger Weise beseitigt durch die bewährte Zahnpaste Chlorodont.

Advertisement for Max Kühl featuring questions like 'Was ist eigentlich „Flor“?' and 'Was sind „reguläre“ Trikotagen?' and the slogan 'Wie wäscht man farbige Oberhemden?'.

Eine besondere Ausnahme hiervon bildet jedoch noch immer der Stellennachweis für Bureauangestellte. Der Zugang von abgehenden Beamten und Angestellten belastet in hervorregender Weise diese Berufsgruppen. Die Vermittlungstätigkeit im Bau- und Gewerbe, welches bisher nur zögernd der allgemeinen Aufwärtsbewegung folgt, ist durch die Wirtschaftskrisen der Hauptberufe fast zum Stillstand gekommen. Eine Ausnahme hiervon bilden die Nebenberufe, insbesondere die Arbeiter, für die noch immer gute Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Unter den insgesamt bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Personen befanden sich 75 838 (77 550) männliche und 22 490 (22 652) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 25 724 (30 852) männliche und 4185 (5155) weibliche, insgesamt 29 909 (36 007) Personen. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 2195 gegen 2146 der Vormonats.

Die Landwirtschaft und Gärtnereien fanden weiter im Zeichen eines großen Kräftebedarfs. Insbesondere mangelte es an jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften. Die Nachfrage nach Spezialkräften in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe hat angehalten. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist weiter zurückgegangen.

Die Vermittlungsergebnisse in der Zellstoff- und Papierherstellung und -verarbeitung sowie in der Leder-

Industrie und Industrie jederartiger Stoffe haben sich erhöht. Der Mangel an Bogenhaltern und Portefeuillern auf Reisefahrteln blieb bestehen. Desgleichen fehlt es an weiblichen Kräften dieser Branchen.

Das Holz- und Schnitzstoffgewerbe blieb mit Ausnahme der Bauindustrie gut beschäftigt. Größere Aufträge lagen auch für die Radioindustrie vor. Der Beschäftigungsgrad im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat sich im allgemeinen, wenn auch nur in geringem Umfange, verschlechtert.

Im Bekleidungsgebiete ist eine starke Nachfrage nach geübten Kräften noch immer vorherrschend. Insbesondere mangelte es an jugendlichen Arbeiterinnen der Schuh- und Federbranche, sowie an ersten Kräften für Maß- und Konfektionsarbeit.

Eine Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften herrschte auch im Berufstätigenberufe, im Gastwirts- und im Handwerksberufe.

monat 4574 Kassen) von 10 429 506 am 1. März 1924 auf 10 945 381 am 1. April, mithin um 513 875 oder 4,9 Proz. (im Vormonat 1,7 Proz.).

Aus den Ergebnissen der Arbeitsnachweisstatistik geht hervor, daß der März eine erhebliche Belebung der Inanspruchnahme seitens der Arbeitgeber gebracht hat. Das Angebot offener Stellen stieg von 487 830 im Februar auf 677 947 im März, d. h. um 39 Proz., während die Zahl der Arbeitsgesuche von 2,66 auf 2,24 Millionen zurückging, d. h. um 15,6 Proz. Die Gesamtantragsziffer sank entsprechend von 545 auf 331 Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen.

Die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge im unbesetzten Gebiet hat nach den bis Mitte April vorliegenden Meldungen weiter stark nachgelassen. Es wurden unterst. am 15. März 975 885 Vollerwerbslose, am 15. April 475 988, d. h. nur noch etwa die Hälfte. Kurzarbeiter werden infolge einer Bänderung der Bestimmungen im allgemeinen überhaupt nicht mehr unterst.

Die deutsche Arbeitsmarkt im März und April.
Nach dem erst jetzt vorliegenden Bericht des „Reichsarbeitsblattes“ über den deutschen Arbeitsmarkt im März und Anfang April hat sich der Arbeitsmarkt im ganzen Reiche belebt. Nur im Bergbau herrschte eine überwiegend unglückliche Entwicklung. Der Beschäftigungsgrad im ganzen ist aber noch längst nicht befriedigend, trotz der in den letzten Monaten eingetretenen Besserung. Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften war am 29. März immer noch beträchtlich. Man zählte dort 16,6 Proz. Arbeitslose gegen 25,1 Proz. im Februar und 9,9 Proz. Kurzarbeiter (im Februar 9,9 Proz.). Demnach war an diesem Zeitpunkt in Deutschland immer noch jeder sechste Arbeiter arbeitslos, jeder vierte Arbeiter durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit seines Arbeitsverdienstes ganz oder teilweise beraubt. Aus den Berichten seien noch folgende Zahlen wiedergegeben: Die Krankenkassenstatistik ergibt eine Zunahme der Versicherungspflichtigen bei 5382 Kassen (im Vor-

Breuthlich-Süddeutsche Klassenlotterie: Die Ziehung 3. Klasse findet am 10. d. M. statt. Höchstgewinn: 100 000 Reichsmark.
Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß das Spielen in ausgedehnter Zettelart, auch in der Sammler- und Glückseligen Zettelart, bei Strafe verboten ist.

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadern)
auch varicose Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San-Rat Dr. Strahl's Hanssalbe. In Original-Dosen erhältlich. Erefanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhofl

Creme
Die Creme der vornehmen Welt!

Rajana

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften
RAJANOL G.m.b.H., Berlin-Oberschöneweide
Fernsprecher: Oberschöneweide 555 u. 744

Dr. Thompson's Seifenpulver
trotz größter Waschkraft garantiert unschädlich!

DE THOMPSONS SEIFEN-PULVER

HALPAUS RARITÄT Die Qualitäts-Cigaretten

Unser heutiges Mantelangebot

nieder ein Beweis unserer außerordentlichen Leistungsfähigkeit infolge unserer eigenen Fabrikation

MAASSEN
Oranienstr. 165 (Am Oranienplatz)

Leipzigerstr. 42 (Ecke Markgrafenstr.)

Imprägnierter Mantel (wie Zeichnung) aus bestem gewirnten baumwollenen Covercoat, in sportfahrig, flotte Gürtelform, offen und geschlossen zu tragen. **22,50**

Gummi Mantel aus feinem baumwollenen Kaschmir, in verschiedenen Sportfarben, weite moderne Schlupferform, auch mit Gürtel zu tragen. **25,50**

Imprägnierter Mantel aus feinem reinwollenen Serge, in modernen Sportfarben, weite Form mit Seitenfalten, offen und geschlossen zu tragen. **49,00**



Große Auswahl für starke und stärkste Figuren
Für beste Qualitäten seit 36 Jahren bekannt

Extra-Vorteile!
Größte Elle geboten! Von Mittwoch bis Sonnabend! Preise ganz bedeutend herabgesetzt!

Einige Beispiele!

Fesche Mäntel	18.- 19 1/2 27.-	Impr. Mäntel	88.-
Feine Tuchmäntel	50.- 78.- 98.-	Bahnw. Kostüme mit Treppenverzierung	49.-
Modell-Kostüme u. Mäntel, zum Ausziehen	98.-	Gummimantel für Herren u. Damen	33.- 55.-

Flotte Pelz- und Plüschmäntel Jetzt

Pelzmantel, beste Felle	750.- 500.- 890.-	Sealplüschmäntel	185.- 152.-
Seidenplüschmäntel	98.-	Wollplüschmäntel	75.-
Gepr. Seidenplüschmäntel, Wollwul	121.-	Astrachan- u. Krimmermäntel	45.- 88.-

In der Sportabteilung: Strickkostüme, Strickkleider, Lodenkostüme mit und ohne Breeches, Donegal-Kostüme, Strickjacken u. Westen, Lederjacken sportbillig!

Extra-Trauerabteilung
Seit vielen Jahren bekannt für beste Qualitäten und billige Preise, Mäntel, Kostüme, Kleider, Hülsen, Strickjacken, Jumper, Röcke, Hüte usw. in großer Auswahl

Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Rigoletto
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Kriemhilde Rache
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Minna von Barnheim
Deutsch-Theater
7 Uhr: FAUST
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Komödie der Worte
Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Gasparone
Theater i. d. Königgräberstr.
Täglich 8 Uhr: So ist es - ist es so?
Berliner Theater
Täglich 7.30: Das Weib im Purpur
Theater am Kollendorfsplatz
7.30 Uhr: Die Perlen der Cleopatra
Trianon-Theater
8 Uhr: Zapfenstreich

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der Troubadour

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Prinzessin
Operette in 3 Akten von Walter Kollo

Die Prinzessin
Operette in 3 Akten von Walter Kollo

Reigen
Heute und morgen Volkstage Sämtl. Parkettplätze nur 1,50, 1 M., 50 Pf. Gültig 1-4 Personen

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr: Pumpschlurp

Elite-Sänger
In neuer Besetzung. Bay. Kapell!

Th. I. Admiralpalast
Allabendlich 7 1/2, 9, 11
Drunter u. drüber
Die Weltensensation:
D. Wund. d. Schatzen
Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Bohème

Intimes Theater
8: Cripe Georgeus usw.

Metropol-Theater
Tägl. 7 1/2, 9, 11
Karnaval der Liebe
Sommerpreise!

Thalia-Theater
Preis. 9. Mai, 7 1/2, 9, 11
Wiedereröffnung
Prasquita
Vorverk. Theaterk. und Wadiszowski

Hecht
Täglich 7 1/2, 9, 11
Zigaretten, Zigaretten, Tabak billig!

Lindenstr. 81
Strauerependen
jeder Art
Hier ist preiswert
Paul Golletz
normale Ideal-Nur.
Mariannenstr. 3
Tel.: Reichpl. 10808

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamt-Auflage des Vorwärts sind besonders billig und haben große Wirkung!

Erfinder
die versuchen wollen, ihre Erfindungen (Ideen) zu verwerten, werden gebeten, sich sofort mit uns in Verbindung zu setzen. Wir bereiten demnach:

Amerika
wodurch sich beste Verkaufsmöglichkeiten bieten. Vorwärtsstr. 2
Erfinder era. gratis die gute Verdienstmöglichkeit gebende Broschüre: „Ein neuer Geist!“
Gesellschaft für Patentverwertung
F. Erdmann & Co.
BERLIN, Königgräber Straße 11

Von der Reise zurück
Prof. Dr. Hans Schirokauer
Lutherstrasse 12.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Jugendliche Metallarbeiter u. Lehrlinge
Donnerstag, 8. Mai, abends 7 Uhr, im Verbandslocale (Zugabühl) Unter den Eichen 8/80.
Betriebsdelegiertenkonferenz.

Es ist unbedingt notwendig, daß aus jeder Werkstatt ein Delegierter anwesend ist. Die Abwesenheiten werden gebeten, die Jugendlichen hierauf aufmerksam zu machen.

Unter Spielplatz in der Hühlerstraße (den Baumhüttenweg mit der Fährüberlegen links) ist von Sonntag, den 11. Mai, ab wieder geöffnet. Alle jugendlichen Arbeiter sind eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Was aus ganzen Leide mit

Flechten
Es heftet, melde sich durch das ewige Jucken Tag und Nacht heimlich. In 24 Tagen hat Treher's Patent-Medizinall-Salbe das Uebel beseitigt. Diese Salbe ist wunderbar wert. Erg. M. Dage Locksch-creme (nicht färbend u. feilhaltig) in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Wurmex
entfernt alle schädlichen Eingeweidewürmer
Kleiner 1,75, Kinder 1,20, Spezial 2,00
Wurmex-Salbe 2,75 in 200er Packung, fertigt bei Otto Reichel, Berlin 43, 50, Blumenstraße 4

Marken-Zigaretten
billig bei Hirschdörfer
Stiefenstraße 50

Garderobe auf Teilzahlung
zu denkbar günstigen Bedingungen bei kleiner An- und Abzahlung
Billige Preise!
Ersatz für Haarbalt
Herren-Anzüge, Paletots, Knaben- und Burschen-Anzüge
Cohn,
Große Frankfurter Straße 38
5 Minuten vom Alexanderplatz.